

JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014 UND ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Mainova Aktiengesellschaft

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

S. 04	Grundlagen der Gesellschaft
S. 09	Wirtschaftsbericht
S. 17	Nachtragsbericht
S. 17	Prognose-, Chancen- und Risikobericht
S. 25	Sonstige Angaben
S. 28	Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

JAHRESABSCHLUSS

S. 32	Bilanz
S. 33	Gewinn- und Verlustrechnung
S. 34	Anhang
S. 64	Bestätigungsvermerk
S. 65	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
S. 66	Impressum

Zusammengefasster Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2014

Als börsennotiertes Unternehmen hat die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der MAINOVA-Konzern als MAINOVA bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der MAINOVA AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns

GESCHÄFTSMODELL

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner). Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir den Netzzugang und -anschluss Dritten zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die MAINOVA AG und vier Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet das Strom- und Gasnetz der MAINOVA AG und betreibt dieses auf eigene Rechnung. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die MAINOVA EnergieDienste GmbH (MED) betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) mit Geschäftskunden und das technische Facility Management. Die Aufgaben der MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD) erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wärme- und Wassermengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM) betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main.

Der Ausbau unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien erfolgt vorrangig durch die Gründung beziehungsweise den Erwerb von Tochter- und Beteiligungsunternehmen, welche die Onshore Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben.

Unser Geschäft ist in folgende Segmente unterteilt:

- › Wärme- und Stromerzeugung
- › Stromversorgung
- › Gasversorgung
- › Wärmeversorgung
- › Wasserversorgung
- › Beteiligungen
- › Sonstige Aktivitäten

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst das Geschäft der Wärme- und Stromerzeugungsanlagen der MAINOVA und der Tochterunternehmen.

Die Segmente Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung decken jeweils die Wertschöpfungskette vom Bezug bzw. Handel über die Verteilung bis zum Vertrieb unserer Produkte ab.

Dem Segment Beteiligungen ist unser gesamtes Portfolio von 25 nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie 15 weiteren Beteiligungsgesellschaften zugeordnet.

STRATEGIEN UND ZIELE

Aktuelle Rahmenbedingungen der Energiebranche

Die Energiebranche befindet sich in einem dynamischen Umfeld, das von zunehmendem Wettbewerb, intensiver Regulierung und der Energiewende geprägt ist. Die politischen Eingriffe nehmen dabei unvermindert zu, wodurch sich bestehende Unsicherheiten bezüglich der langfristigen energiepolitischen Entwicklung weiter verfestigen. Die erforderliche Investitionssicherheit ist somit nicht mehr gegeben. Ferner werden sinkende Margen im Kerngeschäft, steigende Kundenerwartungen sowie neue Geschäftsmodelle und Technologien die Zukunftsperspektiven der Energieversorger dauerhaft bestimmen. Deshalb beobachten wir fortlaufend unser

Wirtschaftliche Solidität und Vertrauenswürdigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Marktumfeld. Dies ist die Ausgangsbasis unseres turnusmäßigen Strategiereviews. Mit der wachsenden Anzahl an Strom- und Gasanbietern, sowohl regional als auch deutschlandweit, steigen die Kundenwechselquoten kontinuierlich an. Bestimmend für die Wahl des Versorgers ist aus Kundensicht weiterhin der Preis. Allerdings ist auch erkennbar, dass wirtschaftliche Solidität und Vertrauenswürdigkeit zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Wunsch der Kunden nach einem Energieversorger „vor Ort“ sowie der Trend zu dezentraleren Strukturen verdeutlicht zudem die regionale Verankerung unseres Unternehmens.

Im Fokus des öffentlichen Interesses stehen vor allem stabile Strompreise für unsere Kunden. Mit der in 2014 beschlossenen Reform des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) wurden durch Anpassung der Vergütungssätze für erneuerbare Energien erste Ansätze zur Steuerung des Zubaus und damit zur Stabilisierung der EEG-Umlage unternommen. Nach unserer Einschätzung sind die beschlossenen Maßnahmen zwar grundsätzlich geeignet, einen weiteren Kostenanstieg durch erneuerbare Energien zu dämpfen, wir erwarten allerdings nicht, dass die Strompreise für Endkunden signifikant sinken. Das Thema Energieeffizienz gewinnt daher an Bedeutung und führt ebenso wie der Trend zur Selbstversorgung zu sinkenden Absatzmengen.

Aktuell belastet der Verfall der Börsenstrompreise die für die Systemstabilität erforderliche konventionelle Stromerzeugung stark. Unter den gegenwärtigen Marktbedingungen sind insbesondere die für den Ausgleich der volatilen Erzeugung durch erneuerbare Energien wichtigen hocheffizienten Gaskraftwerke nicht wirtschaftlich zu betreiben. Unter dem Begriff „Kapazitätsmarkt“ wird derzeit ein neues Strommarktdesign diskutiert. Die zentrale Herausforderung für Politik und Energiewirtschaft besteht darin, eine neue Marktordnung zu entwickeln. Diese muss den politisch gewollten, steigenden Anteil volatiler erneuerbarer Energien mit dem wirtschaftlich sinnvollen Betrieb von hocheffizienten konventionellen Kraftwerken verbinden. Besser als bisher muss es dabei gelingen, die ökonomischen Erfordernisse für Verbraucher, Energiewirtschaft und Industrie mit den ökologischen Zielen der Energiewende zu vereinbaren.

Der aktuelle wirtschaftliche Druck bei gleichzeitig hohem Investitionsbedarf macht Kooperationen erforderlich. Damit erzielen wir Größenvorteile und verteilen Risiken. Die Energiewende wird daher langfristig zu veränderten Geschäftsmodellen in der Branche führen.

Abzuwarten bleibt, welchen Einfluss geopolitische Entwicklungen wie etwa die Ukraine-Krise sowie die weiterhin anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa auf die Rohstoff- und Energiemärkte haben. Dies wird sich auch auf die wirtschaftliche Dynamik und konjunkturelle Lage in Deutschland auswirken.

Unsere Strategie „Leistung mit Energie“

Aus den beschriebenen Rahmenbedingungen der Energiebranche lassen sich konkrete Anforderungen an unsere strategische Ausrichtung ableiten. Unsere Strategie „**Leistung mit Energie**“ beinhaltet unser Zukunftsbild, die strategischen Leitlinien und Prioritäten für das gesamte Unternehmen über alle Wertschöpfungsstufen.

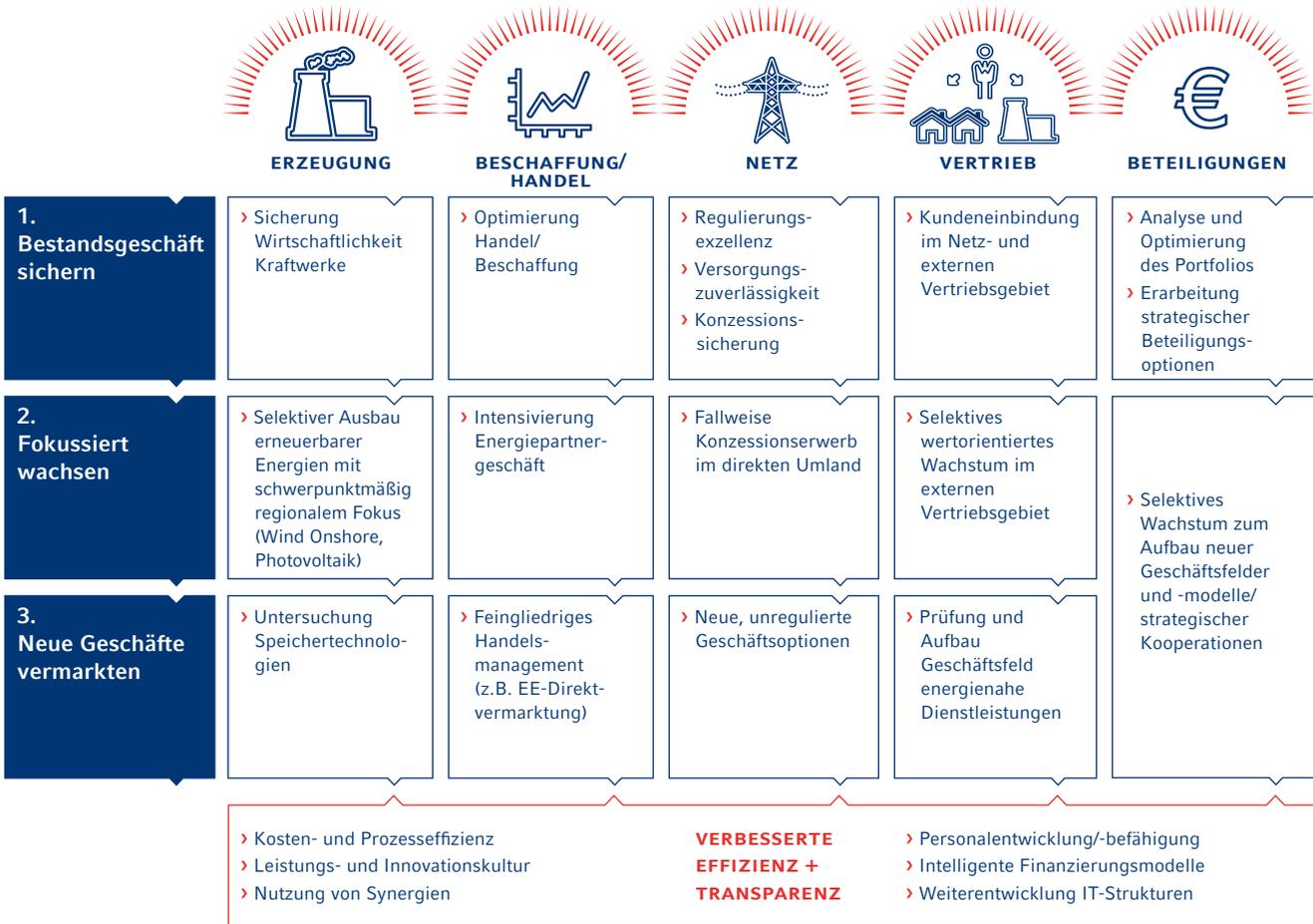
Unser zentraler Anspruch ist dabei die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, um unseren Kunden auch in Zukunft herausragenden Service zu wettbewerbsgerechten Preisen anbieten zu können.

Dieses Zielbild haben wir in sechs **strategischen Leitlinien** zusammengefasst:

- › **Regional:** Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet.
- › **Kooperativ:** Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden.
- › **Integriert:** Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb.
- › **Effizient:** Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe.
- › **Innovativ:** Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen.
- › **Fokussiert:** Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden.

Um dieses Zielbild zu erreichen, ist es erforderlich, gleichzeitig die Kostenstrukturen und Prozesse im Kerngeschäft zu optimieren. Dadurch nutzen wir Wachstumschancen und bauen langfristig vielversprechende, neue Geschäftsfelder auf.

Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung



Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

Auf Basis der strategischen Leitlinien hat der Vorstand für jede Wertschöpfungsstufe konkrete Stoßrichtungen verabschiedet, die wie folgt priorisiert werden:

Erste Priorität hat für uns die Optimierung des Bestandsgeschäfts, gefolgt von fokussiertem Wachstum in ausgewählten Wachstumsfeldern und der Vermarktung neuer Geschäfte.

In der Erzeugung sichern wir unser Bestandsgeschäft in erster Linie durch die Optimierung und Flexibilisierung der Erzeugung in unseren Kraftwerken in Frankfurt am Main. So haben wir zu Beginn des Jahres 2014 ein neues Erzeugungskonzept zum Fernwärmeausbau in Frankfurt verabschiedet. Das Konzept sieht vor, bis 2016 die Heizkraftwerke Messe, West und Niederrad durch Fernwärmeleitungen mit dem Müllheizkraftwerk in der Nordweststadt zu verbinden. Dadurch ergibt sich ein Gesamtverbund der MAINOVA-Kraftwerke innerhalb der

Stadt Frankfurt, der einen flexibleren und effizienteren Einsatz der Anlagen ermöglicht. Der Ausbau des Wachstumsbereiches erneuerbarer Energien erfolgt planmäßig entsprechend unserer Erzeugungsstrategie. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf Onshore-Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen.

Die Kernaufgabe des Handels ist die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu bedienen. Darüber hinaus ist die bestmögliche Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen unserer Kraftwerke zu gewährleisten. Wachstumsbereich des Handels ist die Intensivierung des Geschäfts mit Energiepartnern durch den kontinuierlichen Ausbau von Kooperationen und Dienstleistungen. Hierzu zählen energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement. Im zunehmend wichtigen Geschäftsfeld der Direktvermarktung von erneuerbaren Energien sind wir ebenfalls aktiv.

Durch unseren Fernwärmeausbau können wir unsere Kraftwerke im Frankfurter Stadtgebiet flexibler steuern.

Im Netzbereich stehen die Sicherung der Konzessionen und der Versorgungszuverlässigkeit an erster Stelle. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, eine vermehrt dezentrale Erzeugung und Speichermöglichkeiten kommen neue Aufgaben auf uns zu. Aus diesem Grund erproben wir neue Technologien und sichern dadurch unseren wirtschaftlichen Betrieb und die Versorgungszuverlässigkeit. Diesem Sachstand tragen wir beispielsweise mit unserem Projekt zur Entwicklung intelligenter Ortsnetzstationen (siehe Kapitel „Technische Innovationen“) Rechnung. Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es, bei Konzessionsvergaben vermehrt auch Kooperationsmodelle anzubieten. Dabei bleibt es das Ziel, attraktive Gebiete unter strategisch und technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen. Die Prüfung von Geschäftsoptionen im unregulierten Bereich betrifft Dienstleistungen wie zum Beispiel Netz-, Speicher- und Leitwartenbetrieb, sowie Anlagenbau.

Für den Vertrieb hat die nachhaltige Kundenbindung in unserem Vertriebsgebiet Vorrang. Dabei kommen uns eine hohe Markenbekanntheit und starke Marktposition in der Region zugute. Da wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge in unserem Stammgebiet nicht ausgeschlossen werden können, müssen wir überregional Absatzpotenziale unter Berücksichtigung einer ausreichenden Marge generieren. Ergänzend hierzu werden Energiedienstleistungen als Kundenbindungsinstrument entwickelt und getestet, die unser klassisches Liefergeschäft wirtschaftlich ergänzen.

Unser Beteiligungsmanagement entwickelt an erster Stelle Optionen, das bestehende Beteiligungsportfolio zu optimieren, und setzt diese um. Darüber hinaus prüfen wir Möglichkeiten für selektives anorganisches Wachstum zum Aufbau neuer Geschäftsmodelle oder strategischer Kooperationen.

Kosteneffiziente und transparente Geschäftsprozesse sind über alle Wertschöpfungsstufen hinweg Grundlage unseres Erfolgs. Deshalb fördern wir insbesondere eine Leistungs- und Innovationskultur, eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie das intensive Nutzen von Synergien. Wir entwickeln neue Finanzierungsmodelle und verbessern kontinuierlich unsere IT-Strukturen. Darüber hinaus unterstützen gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unsere Mitarbeiter bei ihren zukünftigen Anforderungen.

Nachhaltigkeit

Die Energiewende, der demografische Wandel und die regionale Verankerung der Stadtwerke verlangen nach einer Unternehmensstrategie, die sich an der Leitidee der langfristigen Tragfähigkeit orientiert.

Nachhaltiges Handeln bedeutet für uns, sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen, ökologische und soziale Verantwortung zu übernehmen und so die öffentliche Akzeptanz und den wirtschaftlichen Erfolg dauerhaft zu sichern.

Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten. Wir wollen zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen sowie stabile wirtschaftliche und soziale Bedingungen schaffen.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2014, der ab dem 27. Mai 2015 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.

Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten.

STEUERUNGSSYSTEM UND LEISTUNGSINDIKATOREN

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, benötigen wir konkrete Steuerungsgrößen, anhand derer wir den Erfolg unserer Maßnahmen messen können. Die Grundlage dafür ist ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das einen geschlossenen Kreislauf aus strategischer Planung, rollierender Mittelfristplanung, regelmäßigen Forecasts und dem Controlling der Zielerreichung bildet. So erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung. Ein Teil des Steuerungssystems ist auch die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die zum Teil auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT). Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird dieses nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserversorgung und Beteiligungen sowie nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Netz und Vertrieb differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand im Rahmen des monatlichen Reportings informiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen Absatz- und Erzeugungsmengen sowie die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar. Diesbezüglich verweisen wir auf die Ausführung im Wirtschaftsbericht.

TECHNISCHE INNOVATIONEN

Als zukunftsorientierter Energiedienstleister analysieren, bewerten und testen wir neue Technologien. Unsere Studien und Feldtests im Jahr 2014 konzentrierten sich auf die Erprobung innovativer Zukunftslösungen im Hinblick auf ressourcenschonende Energieerzeugung, intelligente Netzsteuerung sowie die Speicherung von Energie. Unser Ziel ist es, intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Energiewende mit- bzw. weiterzuentwickeln und diese gemeinsam mit engagierten Partnern umzusetzen.

In diesem Zusammenhang prüfen wir Fördermöglichkeiten und bewerben uns um Fördermittel. Unser Know-how weiten wir durch Entwicklungs- und Forschungsk Kooperationen kontinuierlich aus und begleiten u. a. Hochschulförderprojekte.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts mit zwölf anderen Unternehmen der Thüga-Gruppe betreiben wir eine Power-to-Gas-Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main. Die Anlage war bundesweit die erste, die Strom in Wasserstoff umgewandelt und in das kommunale Gasnetz eingespeist hat. Damit wird überschüssige, durch Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugte Energie gespeichert und bei Bedarf wieder in Strom und Wärme umgewandelt. Ziel dieses Verfahrens ist es, Schwankungen zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch auszugleichen.

Darüber hinaus planen wir den Bau einer Power-to-Heat-Anlage mit einer Leistung von 8 MW am Standort Niederrad zur Vermarktung von Sekundärregelenergie. Die Anlage ermöglicht es, überschüssigen Strom in Wärme umzuwandeln, die gespeichert oder ins Fernwärmenetz eingespeist werden kann.

Ein Pilotprojekt zur CO₂-Reduzierung haben wir in Kooperation mit der Universität Gießen 2014 erfolgreich abgeschlossen. Auf dem Dach des Heizkraftwerks West wurde eine Algenzuchtanlage, mit deren Hilfe klimaschädliches CO₂ in Algen gebunden und zu Biomasse umgewandelt werden kann, nach erfolgreichem Betrieb zurückgebaut. Die Universität hat die gewonnenen Erkenntnisse in einem Nachfolgeprojekt in größerem Umfang eingesetzt.

Gemeinsam mit den Stadtwerken Mainz testen wir ein Flussmühlenkraftwerk zur Nutzung der Wasserkraft zur Stromgewinnung ohne Staustufe. Standort der Anlage ist im Mittelrhein bei Niederheimbach. Die Mikro-Wasserkraftanlage ist dahingehend konzipiert, ohne Staustufen und bei geringer bis mittlerer Fließgeschwindigkeit Strom zu generieren.

Die Smart Grid Systemlösung für intelligente Netzsysteme (iNES) ermöglicht es, die Auswirkungen einer erhöhten dezentralisierten Stromerzeugung auf das Niederspannungsnetz effizient zu analysieren. Dadurch können netzkritische Situationen identifiziert und rechtzeitig verhindert werden. Zukünftig kann iNES durch eine intelligente Regelung einen kostenintensiven Netzausbau vermeiden und garantiert die Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Integration von erneuerbaren Energien. Das von MAINOVA mitentwickelte System ist in der Netzbranche inzwischen als Smart Grid Produkt etabliert und wurde mit dem inter internationalen Technologiepreis der Hannover Messe „Hermes Award“ ausgezeichnet.

Gemein mit der Thüga-Gruppe betreiben wir bundesweit in Frankfurt die erste Power-to-Gas-Anlage, die Strom in Wasserstoff umwandelt.

Mehr zu Power-to-Heat lesen Sie im Unternehmensporträt, welches am 27. Mai 2015 erscheint.

Wirtschaftsbericht

RAHMENBEDINGUNGEN

Der Geschäftsverlauf der MAINOVA unterliegt dem Einfluss einer Vielzahl externer Faktoren. Neben Änderungen der politischen Rahmenbedingungen, deren Auswirkungen wir im Kapitel „Strategien und Ziele“ dargestellt haben, wirkt sich auch die Entwicklung der Konjunktur und der Energiepreise maßgeblich auf unser Geschäft aus.

Energiepolitik

Zahlreiche politische Entscheidungen stehen im Zusammenhang mit dem Umbau der Energieversorgung im Zuge der Energiewende.

Die Europäische Kommission hat am 9. April 2014 neue Vorschriften für staatliche Beihilfen in den Bereichen Umweltschutz und Energie beschlossen. Die Leitlinien sollen Marktverzerrungen auf europäischer Ebene entgegenwirken und die Kosteneffizienz der erneuerbaren Energien verbessern. Kernelement der neuen Leitlinien, die bis Ende 2020 gelten, ist die schrittweise Einführung von marktorientierten Mechanismen zur Förderung von erneuerbaren Energien. Darüber hinaus enthalten sie Kriterien, nach denen stromkostenintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen entlastet werden können. Ferner ermöglichen die Leitlinien den Mitgliedsstaaten, Kapazitätsmechanismen einzuführen, wenn das Risiko besteht, dass eine angemessene Stromerzeugung nicht gewährleistet werden kann.

Nachdem die Europäische Kommission am 27. Juli 2014 festgestellt hat, dass das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit dem EU-Beihilferecht in Einklang steht, ist die Reform des EEG am 1. August 2014 in Kraft getreten. Mit der Novelle soll der Kostenanstieg gebremst und die Integration der erneuerbaren Energien in den Markt vorangetrieben werden. Dazu sind im Gesetz für die verschiedenen Arten erneuerbarer Energien Ausbaukorridore festgelegt sowie die Fördersätze abgesenkt worden. Die Marktintegration soll durch die Pflicht zur Direktvermarktung verbessert werden. Neue förderfähige Anlagen zur Eigenversorgung werden stufenweise bis 2017 mit 40 % der EEG-Umlage finanziell belastet, während für Strom aus neuen konventionellen Anlagen die volle Umlage zu leisten ist. Aus unserer Sicht hat die EEG-Novelle grundsätzlich richtige Ansatzpunkte.

Im Oktober 2014 haben die vier Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr 2015 veröffentlicht. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt

diese, nach einem deutlichen Anstieg in den Vorjahren, für das Jahr 2015 um rund 1 % auf 6,17 Cent pro kWh. Damit bleibt der Anteil der staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises weiterhin auf einem hohen Niveau.

Eine geänderte Verordnung zum transparenten Ausweis staatlich gesetzter oder regulierter Preisbestandteile in der Strom- und Gasgrundversorgung ist am 30. Oktober 2014 in Kraft getreten. Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Regelungen in den bisherigen Strom- und Gasgrundversorgungsverordnungen gegen das europarechtliche Transparenzgebot verstoßen und somit unwirksam sind. Ziel der Verordnung ist, die Transparenz von Energiepreisen für den Kunden zu erhöhen. Dazu sollen Grundversorger künftig die Zusammensetzung des Energiepreises ausweisen. Dies betrifft die staatlich veranlassten Preisbestandteile sowie im Strombereich zusätzlich die Netzentgelte und die Entgelte für den Messstellenbetrieb. Sinkende staatlich bedingte Preisbestandteile müssen zu einer Neukalkulation des Grundversorgungspreises führen. Wir begrüßen es, dass mit der neuen Grundversorgungsverordnung eine klare und transparente Kommunikation der Energiepreise an den Kunden geschaffen wird.

Konjunkturelle Entwicklung

Nach dem schwungvollen Jahresbeginn mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,7 % gegenüber dem Jahresende 2013 stagnierte das BIP zur Jahresmitte. Laut führenden Wirtschaftsforschungsinstituten hat die deutsche Wirtschaft zum Jahresende wieder an Schwung gewonnen. Das reale BIP steigt voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Gründe hierfür sind die Erholung der Binnenwirtschaft, die vom Rückgang der Rohölpreise profitiert. Hinzu kommen die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die mit steigendem Realeinkommen expandieren, die Steigerung der Investitionen der Unternehmen sowie die verbesserte Export- und Importnachfrage.

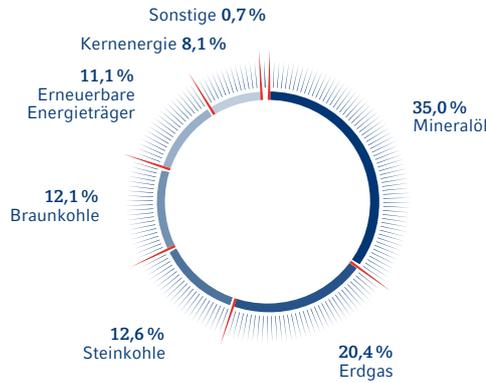
Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zufolge wird sich der Energieverbrauch in Deutschland im abgelaufenen Jahr 2014 voraussichtlich auf 446,5 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten belaufen und somit um 4,8 % unter dem Vorjahresniveau liegen. Den stärksten Einfluss auf den deutlich zurückgegangenen Energieverbrauch hatte die milde Witterung.

Mit der neuen Grundversorgungsverordnung wird eine klare und transparente Kommunikation der Energiepreise an den Kunden geschaffen.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2014 wie folgt:

Primärenergieverbrauch



Quelle: Pressedienst Nr. 8/2014 der Arbeitsgemeinschaft Energiebielanzen e. V., Berlin

Der Anteil erneuerbarer Energien beim Primärenergieverbrauch steigt auf 11,1 Prozent.

Der Mix der Energieträger hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2014 das Mineralöl mit einem relativ konstanten Anteil von 35,0%. Durch die deutlich wärmere Witterung sank der Anteil des Erdgases am Energiemix um rund 2,2 Prozentpunkte auf 20,4%. Die erneuerbaren Energien konnten hingegen einen Anstieg um 0,7 Prozentpunkte verzeichnen und machen nun 11,1% des gesamten Energieverbrauchs aus. Der Beitrag der Kernenergie erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 8,1%.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

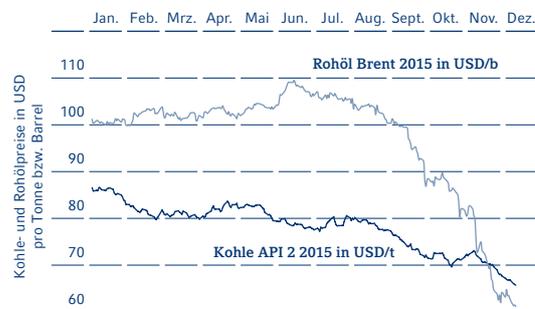
Im Jahr 2014 waren die Energiepreise maßgeblich durch außergewöhnlich mildes Wetter und einen im Spätsommer einsetzenden Rückgang der Ölpreise infolge deutlicher Angebotszuwächse am Weltmarkt geprägt. Während Strom und Brennstoffe Verluste aufwiesen, verzeichneten die Emissionsrechte hingegen einen Preisanstieg. Geopolitische Konflikte in der Ukraine und dem Nahen Osten sorgten zeitweise für erhöhte Preisschwankungen. Sie konnten die Brennstoffpreise allerdings nicht nachhaltig stützen.

Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region zeigte sich im Berichtszeitraum mit 78,26 US-Dollar pro Tonne um rund 12% günstiger als im Vorjahreszeitraum. Dabei war am Weltmarkt ein

weiterhin sehr hohes Angebot zu verzeichnen. Neben dem milden Winter dämpften im Frühjahr deutlich gefallene Gaspreise die Nachfrage nach Kohle für die Stromerzeugung. Angebotsseitig begünstigte die Aufwertung des US-Dollars gegenüber den Währungen großer Kohleexporteure deren Ausfuhren. Zudem wirkte der starke Preisverfall am Ölmarkt belastend auf die Notierung.

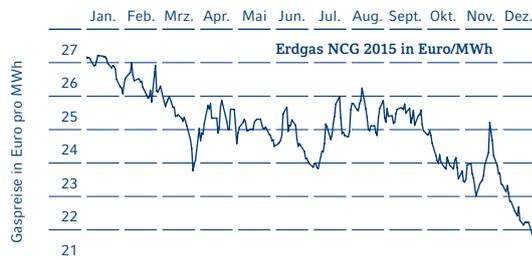
Der Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag im Geschäftsjahr mit 97,36 US-Dollar pro Barrel 5,8% unter dem Vorjahresniveau. Während in der ersten Jahreshälfte zunächst ein kalter Winter in Nordamerika, global verbesserte Konjunkturaussichten sowie die Konflikte in der Ukraine und dem Irak für steigende Preise sorgten, gaben die Notierungen bis Ende Dezember drastisch nach und schlossen bei einem Jahrestief von 61,36 US-Dollar pro Barrel. Dies begründet sich in mehrfach gesenkten Nachfrage- und erhöhten Angebotsprognosen sowie einer zwischenzeitlich erhöhten Produktion Libyens. Auch Produktionskürzungen der OPEC-Staaten im vierten Quartal konnten den Preisverfall nicht stoppen.

Preisentwicklung Kohle und Rohöl



Der durchschnittliche Erdgaspreis für das Frontjahr im Marktgebiet NCG (Net-Connect Germany) verzeichnete im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr einen Wertverlust von 8,2% auf 24,55 Euro pro MWh. Ursächlich für den Preisverfall waren insbesondere sehr milde Temperaturen bei gleichzeitig niedriger Gasnachfrage sowie Rekordfüllstände in europäischen Gasspeichern. Im letzten Quartal ließen die deutliche Entspannung im Ukraine-Konflikt und der einsetzende Ölpreisverfall die Notierung weiter nachgeben.

Preisentwicklung Erdgas



Der durchschnittliche Preis für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) des Terminkontrakts mit Fälligkeit im Dezember 2015 lag mit 6,17 Euro um rund 31,5% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Marktgeschehen wurde maßgeblich von der europäischen Politik bestimmt. Stützend wirkten hier erste Fortschritte bei den Bemühungen um eine Reform des CO₂-Handels.

Preisentwicklung Emissionsrechte



Einen durchschnittlichen Rückgang um rund 10% verzeichnete der Preis des Grundlastkontrakts für das Strom-Kalenderjahr 2015, der im Mittel bei 35,09 Euro pro MWh notierte. Hauptgrund für die weiter fallenden Preise im Vergleich zum Vorjahr war neben den günstigeren Preisen für die Brennstoffe Kohle und Gas, der dämpfende Einfluss steigender Einspeisung erneuerbarer Energien.

Preisentwicklung Strom



GESCHÄFTSVERLAUF DES KONZERNS

Gesamtaussage des Vorstands

Das Geschäftsjahr 2014 war für den MAINOVA-Konzern kein einfaches Jahr. Zum einen belastete uns ein überdurchschnittlich milder Witterungsverlauf und zum anderen stellten uns die Preisentwicklungen an den Großhandelsmärkten erneut vor große Aufgaben. Wir haben uns diesen Herausforderungen erfolgreich gestellt und konnten ein durchaus solides Ergebnis leicht über unseren Erwartungen erzielen. Das um die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten bereinigte EBT belief sich im Konzern auf 136,1 Mio. Euro (Vorjahr 128,3 Mio. Euro).

Zu der positiven Geschäftsentwicklung haben sowohl das bereits seit einiger Zeit laufende Effizienzprogramm EINS als auch die kontinuierliche Ausweitung der Vertriebsaktivitäten maßgeblich beigetragen. Somit konnten die Belastungen aus der außergewöhnlich milden Witterung – die Gradtagzahl lag um 20,7% unter dem Vorjahr und 16,2% unter dem Zehnjahresdurchschnitt – in den temperaturabhängigen Segmenten Gas- und Wärmeversorgung sowie die weiterhin unter Druck stehende Vermarktung der eigenerzeugten Strommengen kompensiert werden. Infolge der Auswirkungen des Wasserkartellverfahrens konnte im Segment Wasserversorgung kein nennenswerter Ergebnisbeitrag erwirtschaftet werden. Nach wie vor lieferten unsere Beteiligungen stabile Ergebnisbeiträge, die in diesem Jahr durch einen positiven Einmaleffekt gesteigert wurden.

Zudem konnten wir im laufenden Geschäftsjahr unsere Finanzschulden über das ursprünglich geplante Maß hinaus zurückführen, wobei sich unser Liquiditätsbestand in etwa auf Vorjahresniveau bewegt.

Ein überdurchschnittlich milder Witterungsverlauf hat unser Konzernergebnis belastet.

Unser EBT beträgt 136,1 Mio. Euro.

Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 105,7 Mio. Euro (Vorjahr 136,6 Mio. Euro). Bereinigt um rechnerische Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das EBT auf 136,1 Mio. Euro (Vorjahr 128,3 Mio. Euro). Die Bereinigungen entfielen im Wesentlichen auf die Segmente Strom- und Gasversorgung.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

MIO. €	2014	2013	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	0,4	16,4	-16,0
Stromversorgung	6,7	-16,7	23,4
Gasversorgung	52,7	72,1	-19,4
Wärmeversorgung	-4,1	3,0	-7,1
Wasserversorgung	0,4	-1,0	1,4
Beteiligungen	80,8	57,5	23,3
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-0,8	-3,0	2,2
Bereinigtes EBT	136,1	128,3	7,8

Der prognostizierte Ergebnisrückgang des Segments Wärme- und Stromerzeugung ist unter anderem auf den witterungsbedingten Mengenrückgang zurückzuführen, den wir zum Teil durch günstigere Bezugskosten für Brennstoffe kompensieren konnten. Zudem belastete eine Risikovorsorge für einen Lieferungs- und Leistungsvertrag mit einem Beteiligungsunternehmen das Segmentergebnis.

Das Ergebnis in der Stromversorgung ist im Vergleich zum Vorjahr und zur Prognose deutlich gestiegen. Dazu haben unterschiedliche Sachverhalte beigetragen. Im Vertriebsgeschäft ist es uns gelungen, in einem wettbewerbsintensiven Umfeld eine moderate Ergebnissteigerung zu erzielen. Im Handelsgeschäft war das Vorjahresergebnis maßgeblich durch Risikovorsorgen belastet. Gleichwohl hat sich die angespannte Situation an den Großhandelsmärkten insbesondere im Hinblick auf die Vermarktung der eigenerzeugten Mengen weiter verschlechtert.

Der Rückgang des Ergebnisses der Gasversorgung wurde wesentlich durch den im Vergleich der letzten zehn Jahre überdurchschnittlich warmen Witterungsverlauf verursacht. Dies führte zu einem Ergebnisrückgang im Netz- und Vertriebsgeschäft. Obwohl wir im abgelaufenen Geschäftsjahr unsere Beschaffungskosten optimiert haben, gelang es uns nur zu einem geringen Teil, diesem Effekt entgegenzuwirken. Auch in der Wärmeversorgung machte sich die milde Witterung ergebnisseitig bemerkbar,

sodass die Ergebnisse in diesen beiden Segmenten deutlich hinter unseren Erwartungen blieben.

Die Belastungen aus den Preissenkungen aufgrund des im Jahr 2012 geschlossenen Vergleichs zur Beendigung des Wasserkartellverfahrens führten dazu, dass auch im Geschäftsjahr 2014 wie erwartet kein signifikant positives Ergebnis im Segment Wasser erwirtschaftet werden konnte.

Der starke Ergebnisanstieg gegenüber Vorjahr und Prognose im Segment Beteiligungen resultierte im Wesentlichen aus einem Einmaleffekt, der auf die Beendigung eines Rechtsstreits bei einer nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung zurückzuführen ist. Ferner ergaben sich im Konzern Zuschreibungen aufgrund der jährlich durchgeführten Beteiligungsbewertungen.

Das Ergebnis des Segments Sonstiges hat sich leicht verbessert. Geringere Overheadkosten, unter anderem durch ein konsequentes Kostencontrolling im Rahmen unseres Effizienzprogramms EINS, sowie Rückstellungssachverhalte haben das Ergebnis positiv beeinflusst. Im Vorjahr hingegen war ein hoher Einmaleffekt durch einen Anlagenverkauf enthalten.

Nachfolgend wird die Entwicklung **der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung** erläutert.

Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

MIO. €	2014	2013	Veränderung
Strom	1.119,2	1.185,9	-66,7
Gas	492,9	634,3	-141,4
Wärme, Dampf, Kälte	119,1	142,9	-23,8
Wasser	67,8	70,1	-2,3
Netzentgelte	95,3	90,3	5,0
Sonstige	142,4	87,7	54,7
	2.036,7	2.211,2	-174,5

Im Stromgeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr ein Umsatzrückgang zu verzeichnen, welcher aus dem Vertriebsgeschäft resultierte. Ursächlich hierfür waren insbesondere Absatzrückgänge bei Individualprodukten, die im Wesentlichen auf dem Wegfall eines Großkunden beruhen. Gegenläufig wirkten sich gestiegene Preise durch die Weitergabe der EEG-Umlage an Kunden aus. Die Erlöse aus Stromhandelsaktivitäten bewegten sich auf Vorjahresniveau.

Die im Vergleich zum sehr kühlen Vorjahreszeitraum deutlich wärmere Witterung (Rückgang der Gradtagszahl um 20,7 %) führte zu einem signifikanten Rückgang der Gas- und Wärmeerlöse.

Der Umsatz aus dem Wasserverkauf bewegte sich in etwa auf Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsatzerlöse aus Netzentgelten betraf den Strombereich. Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse entfiel auf Nebengeschäfte.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** lagen mit 77,4 Mio. Euro um 10,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau. Dies ist insbesondere auf die im Vorjahr enthaltenen Erlöse aus einem Immobilienverkauf zurückzuführen. Gegenläufig hat sich unter anderem die Beilegung eines Rechtsstreits ausgewirkt.

Der **Materialaufwand** betraf überwiegend den Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Ursächlich für den Rückgang um 102,0 Mio. Euro auf 1.665,0 Mio. Euro waren die rückläufigen Gas- und Stromvertriebsmengen. Zudem führten Preiseffekte zu einem geringeren Gasbezugsaufwand. Gegenläufig machten sich höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage sowie die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Stromliefervertrag bemerkbar. Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte Strom und Gas sanken hauptsächlich mengenbedingt.

Der **Personalaufwand** lag mit 202,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert.

Die **Abschreibungen** erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro auf 80,1 Mio. Euro. Der Anstieg ist vor allem auf die planmäßigen Abschreibungen der im zweiten Halbjahr 2013 in Betrieb genommenen Windparks und Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 137,6 Mio. Euro sind um 46,0 Mio. Euro gesunken. Der Rückgang entfiel insbesondere auf Kosteneinsparungen sowie geringere Rückstellungszuführungen. Im Jahr 2013 war unter anderem die Zuführung zu einer Drohverlustrückstellung für das Gasgeschäft enthalten.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen** lag um 17,9 Mio. Euro über dem Vorjahr und betrug 99,3 Mio. Euro. Der Anstieg entfiel im Wesentlichen auf einen Sondereffekt bei einer Beteiligung.

Die **Finanzerträge** lagen in etwa auf Vorjahresniveau und beliefen sich auf 10,2 Mio. Euro. Der Anstieg der **Finanzaufwendungen** um 8,0 Mio. Euro auf 46,5 Mio. Euro wurde durch einen um 11,2 Mio. Euro höheren Aufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen verursacht. Gegenläufig hat sich der

Zinsaufwand für Darlehen um 1,6 Mio. Euro durch den Rückgang der Finanzschulden vermindert.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 92,1 Mio. Euro auf 2.776,3 Mio. Euro.

MIO. €	31.12.2014	31.12.2013
Summe Vermögenswerte		
Langfristige Vermögenswerte	2.290,8	2.266,3
Kurzfristige Vermögenswerte	485,5	602,0
	2.776,3	2.868,4
Summe Eigenkapital und Schulden		
Eigenkapital	1.018,9	1.015,2
Langfristige Schulden	1.089,2	1.104,1
Kurzfristige Schulden	668,2	749,1
	2.776,3	2.868,4

Die Bilanzsumme beträgt 2.776,3 Mio. Euro.

Der Anstieg der langfristigen Vermögenswerte entfiel im Wesentlichen auf die nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und resultierte überwiegend aus der Fortschreibung der Buchwerte sowie aus Zuschreibungen. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 82,5 % (Vorjahr 79,0 %). Das langfristige Vermögen wurde zu 44,4 % (Vorjahr 44,8 %) durch Eigenkapital gedeckt. Ursächlich für den Rückgang der kurzfristigen Vermögenswerte waren vor allem die durch den witterungsbedingt gesunkenen Umsatz rückläufigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Das Eigenkapital blieb nahezu auf Vorjahresniveau. Dabei wirkte sich die Einstellung des über die Gewinnabführung an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) hinausgehenden Konzernergebnisses in die Gewinnrücklagen erhöhend aus. Gegenläufig entwickelten sich die erfolgsneutral gebildeten Rücklagen. Die Eigenkapitalquote lag bei 36,6 % (Vorjahr 35,4 %).

Die lang- und kurzfristigen Finanzschulden haben sich durch Darlehenstilgungen um 68,3 Mio. Euro verringert. Bei den übrigen kurzfristigen Schulden führten neben einem abrechnungstechnisch bedingten Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten die geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insgesamt zu einem Rückgang. Gegenläufig haben sich die langfristigen Rückstellungen – insbesondere aufgrund gesunkener Diskontierungssätze – erhöht.

Der Personalaufwand lag mit 202,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

MIO. €	2014	2013
Erzeugungsanlagen	24,0	54,9
Verteilungsanlagen	58,9	48,2
Grundstücke und Gebäude	0,7	1,7
Sonstiges	12,3	14,7
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	95,9	119,5
Erwerb von Tochterunternehmen	0,0	8,4
Erwerb von Beteiligungen	2,9	3,8
	98,8	131,7

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung bildeten weiterhin einen Schwerpunkt der Sachanlageinvestitionen. Im Vorjahr waren in den Investitionen in Erzeugungsanlagen die erworbenen Wind- und Photovoltaikparks enthalten.

Finanzlage Konzerns

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

MIO. €	2014	2013	Veränderung
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	203,1	211,4	-8,3
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-64,4	-143,8	79,4
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-138,8	-61,6	-77,2
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-0,1	6,0	-6,1
Finanzmittelfonds	16,6	16,7	-0,1
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	163,3	172,6	-9,3

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Mio. Euro ab und lag bei 203,1 Mio. Euro. Im Vorjahr war ein Aufbau von Verbindlichkeiten enthalten, während im Jahr 2014 dem Rückgang von Verbindlichkeiten in etwa gleicher Höhe ein Forderungsrückgang gegenüberstand.

Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen um 79,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr und beliefen sich auf 64,4 Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Rückzahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH. Darüber hin-

aus wurden geringere Investitionen in Sachanlagen und für den Erwerb von Tochterunternehmen getätigt.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 138,8 Mio. Euro wurde insbesondere durch die Gewinnabführung an die SWFH in Höhe von 58,7 Mio. Euro und die Tilgung von Krediten in Höhe von 73,7 Mio. Euro (im Vorjahr 46,0 Mio. Euro) verursacht. Aufgrund der geringeren Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit. Während im Vorjahr Darlehen in Höhe von 33,5 Mio. Euro aufgenommen wurden, lag die Darlehensaufnahme im Jahr 2014 lediglich bei 3,9 Mio. Euro.

Insgesamt konnten die Mittelabflüsse der Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden, sodass sich der Finanzmittelbestand auf Vorjahresniveau bewegte.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

	Einheit	2014	2013	Veränderung
Strom	Mio. kWh	10.851	11.024	-1,6 %
Gas	Mio. kWh	13.734	15.169	-9,5 %
Wärme, Dampf, Kälte	Mio. kWh	1.679	2.027	-17,2 %
Wasser	Mio. m ³	44,1	45,2	-2,4 %

Ursächlich für den geringeren Stromabsatz waren insbesondere Rückgänge bei Individualprodukten im Wesentlichen durch den Wegfall eines Großkunden. Gegenläufig wirkten sich gestiegene Stromhandelsmengen aus.

Der Gas- und Wärmeabsatz ist aufgrund der im Vorjahresvergleich wärmeren Witterung gesunken.

Erzeugungsmengen

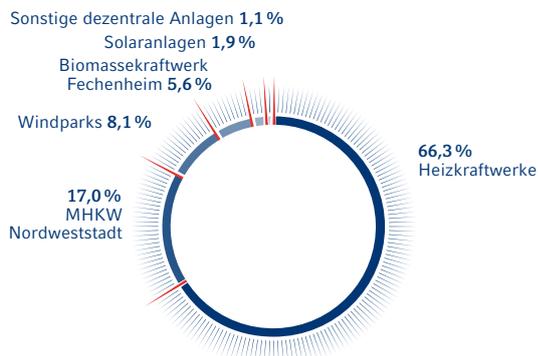
In unseren Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2014 folgende Mengen erzeugt:

	Einheit	2014	2013	Veränderung
Mainova				
Strom	Mio. kWh	1.348	1.495	-9,8 %
Wärme	Mio. kWh	1.502	1.751	-14,2 %
Beteiligungen				
Strom	Mio. kWh	323	322	0,3 %
Wärme	Mio. kWh	321	375	-14,4 %

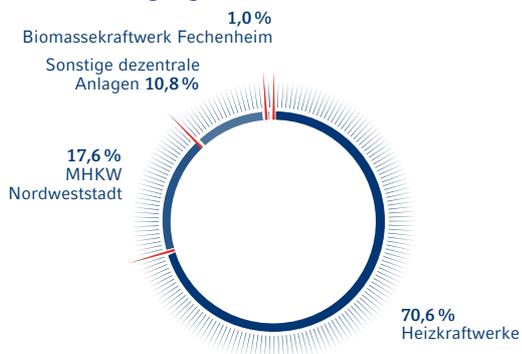
Die Wärmeerzeugungsmengen sind insbesondere aufgrund der mildereren Witterung zurückgegangen. Dies hat sich bei unseren wärmegeführten Kraftwerken auch auf die Stromerzeugungsmengen ausgewirkt. Zudem machte sich die weiterhin angespannte Marktsituation im Strom bemerkbar.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

Stromerzeugung

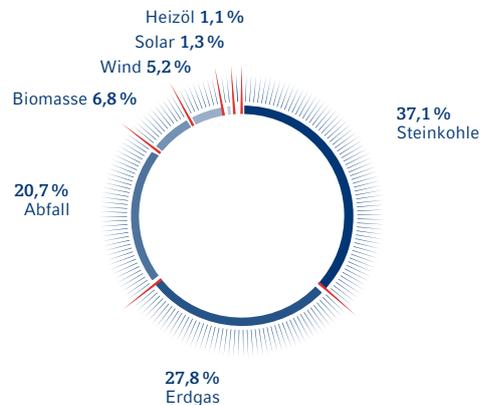


Wärmeerzeugung



Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2014 stellt sich wie folgt dar:

Energieeinsatz der Kraftwerke



Der Einsatz von Erdgas sank um 3,7 Prozentpunkte insbesondere durch geringere Betriebsstunden aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke. Der Anteil von Wind und Solar erhöhte sich hingegen um insgesamt 1,5 Prozentpunkte.

Im Jahr 2014 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke insgesamt 1,1 Mio. Tonnen CO₂ (Vorjahr 1,3 Mio. Tonnen). Zuzüglich der Emissionen infolge der Energieerzeugung bei den Beteiligungsunternehmen betragen unsere CO₂-Emissionen insgesamt 1,2 Mio. Tonnen (Vorjahr 1,4 Mio. Tonnen). Die Emissionen aus dem Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff sind als CO₂-neutral zu bewerten.

Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit führen wir im jährlichen Wechsel eine Voll- und eine Zwischenbefragung durch. Dabei bewerten die Mitarbeiter die Gesamtzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten. Themen der Vollbefragungen sind die Motivation, die Situation am Arbeitsplatz, die Arbeitsinhalte und das Arbeitsumfeld, die Mitarbeiterführung, die Zusammenarbeit mit Kollegen sowie die Arbeitsbelastung.

Bei unserer diesjährigen Zwischenbefragung standen neben allgemeinen Zufriedenheitsfragen die Themen „Umgang mit Veränderungen“ sowie die Umsetzung der Ergebnisse der Vollbefragung des Jahres 2013 im Mittelpunkt. Nachdem die Rücklaufzahlen schon in den letzten Jahren sehr erfreulich waren, erreichten wir auch in diesem Jahr wieder eine Rücklaufquote von 71 %. Die allgemeine Zufriedenheitsquote lag auf dem hohen Niveau des Jahres 2013.

Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex gibt die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten an und behauptet sich auch im Jahr 2014 auf dem hohen Niveau des Jahres 2013.

MITARBEITER

Wir beschäftigten zum Jahresende im Konzern 2.765 Mitarbeiter.

Wir beschäftigten zum Jahresende im Konzern 2.765 (Vorjahr 2.810) und bei der MAINOVA AG 2.627 (Vorjahr 2.674) Mitarbeiter, von denen sich 65 (Vorjahr 102) in der Ruhephase der Altersteilzeit (Blockmodell) befanden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt die Ausbildung bei der MAINOVA weiter an Bedeutung. Zum Jahresende beschäftigte die SWFH, die wesentliche Teile der Berufsausbildung für den Konzern erbringt, 79 Auszubildende (Vorjahr 80). Um auch in Zukunft den Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken zu können, werden wir im Jahr 2015 die Zahl der Auszubildenden erhöhen.

Die Energiebranche ist durch die politischen Entscheidungen, konjunkturelle Entwicklungen sowie die Energiewende weiterhin starken Veränderungen ausgesetzt. Der Personalbereich der MAINOVA unterstützt das Unternehmen auf vielfältige Weise, um die Herausforderungen zu meistern.

Dazu wird sich der Personalbereich in den kommenden Jahren zunehmend mit dem Thema Strategic Workforce Planning beschäftigen mit dem Ziel, gemeinsam mit den Fachbereichen den Personalbestand und die Personalstruktur langfristig an die strategische Ausrichtung des Unternehmens anzupassen. Daneben erlaubt Strategic Workforce Planning, frühzeitig demografische Trends innerhalb der MAINOVA zu erkennen und gegenzusteuern. Langfristig erhöhen wir die Transparenz im Hinblick auf die Personalstruktur. So können wir rechtzeitig Maßnahmen einleiten, welche die Erreichung der Unternehmensziele durch eine optimale Personalstruktur unterstützen.

Des Weiteren bieten wir zur Unterstützung der Veränderungsprozesse Trainings an. Diese decken die Themenbereiche „Projektmanagement“, „Mitarbeiterführung“ sowie die „Gestaltung, Umsetzung und den eigenen bewussten Umgang mit Veränderungs-

prozessen“ ab. Die Trainingsangebote setzen wir im nächsten Jahr fort und ergänzen sie um weitere Themenschwerpunkte im Rahmen der Mitarbeiterführung und -entwicklung.

Über diese Maßnahmen hinaus haben wir zur Stärkung unserer Arbeitgebermarke sowie zur Mitarbeiterbindung unsere unterstützenden Angebote erweitert. Insbesondere sind hier die erfolgreiche Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen sowie die Zertifizierung „AgeCert“ für eine altersgerechte Personalpolitik. Unser Informations- und Schulungsangebot haben wir durch entsprechende Veranstaltungen ergänzt. So wurden beispielsweise Vorträge zu den Themen „Pflege“ und „Kinderbetreuung“ angeboten sowie ein Workshop zum Thema „Frauen im Beruf“ durchgeführt. Diese Reihe haben wir in diesem Jahr fortgeführt und durch weitere Angebote, wie beispielsweise Webinare für Frauen in Führungspositionen und Gesprächsführung, ausgebaut. Auch im nächsten Jahr werden diese Angebote fortgesetzt.

Fester Bestandteil des Personalkalenders ist das Mitarbeiterforum. Hier haben wir das Konzept in diesem Jahr erfolgreich angepasst. Nach dem Zufallsprinzip laden wir Mitarbeiter unterschiedlicher Bereiche eines Vorstandsressorts ein, die – unter der Moderation von Betriebsrat und Personalbereich – dem Vorstand ihres Bereiches direkt Fragen stellen können. Zusätzlich haben zehn Mitarbeiter aus anderen Vorstandsbereichen ebenfalls die Möglichkeit teilzunehmen. Ungefähr 240 Mitarbeiter hatten im Jahr 2014 die Gelegenheit, Antworten unter anderem zur strategischen Ausrichtung der MAINOVA, zur Wirksamkeit der eingeleiteten Verbesserungsmaßnahmen oder zu Investitionsvorhaben zu erhalten. Das Mitarbeiterforum fördert und ergänzt die Kommunikation von Veränderungen sehr wirksam und schafft Transparenz bei Entscheidungen von unternehmenspolitischer Tragweite.

Im Jahr 2014 fand zum dritten Mal in Folge die Zertifizierung der Personalprozesse statt. DEKRA hat die Prozesse überprüft und das Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 erneuert. Der positive Eindruck aus den Vorjahren hat sich fortgesetzt. Die DEKRA bestätigte beispielweise, dass das Qualitätsmanagementsystem des Personalbereichs angemessen dokumentiert und konsequent weiter entwickelt wurde.

Besonderes Augenmerk galt im Jahr 2014 der Analyse des Personalaufwands sowie der weiteren Optimierung der Personalkostenplanung. Durch die bereits im letzten Jahr begonnene Entwicklung von strategischen Management-Steuerungstechnolo-

gien haben wir die Transparenz im Hinblick auf die Personalkosten weiter gesteigert.

Nachtragsbericht

Das Stadtparlament Frankfurt hat am 26. Februar 2015 beschlossen, den mit uns abgeschlossenen Stromkonzessionsvertrag bis zum Jahr 2035 zu verlängern.

Darüber hinaus haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns

PROGNOSEBERICHT

Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Die Energiebranche befindet sich nach wie vor in einem sehr schwierigen Marktumfeld. Dieses hält immer neue Herausforderungen bereit und beeinflusst weiterhin spürbar die Ergebnisentwicklung in allen Segmenten. Die Unternehmen müssen mit dem sich rasant wandelnden Wettbewerbsumfeld Schritt halten und die erforderlichen hohen Investitionen in Erzeugung und Netze aufbringen. Sinkende Erzeugungsmargen, die CO₂-Zertifikate-Auktionierung, steigende Klima- und Umweltschutzanforderungen sowie eine zunehmende staatliche Regulierung belasten die Ertragskraft.

Der intensive Wettbewerb, vor allem bei Strom und Erdgas, prägt das Energiegeschäft in allen Kundensegmenten. In einem immer preisbewussteren Marktumfeld steigt die Wechselbereitschaft der Kunden. Zudem führt eine intensivere Diskussion über die staatlich bedingten Anteile an den Strompreisen zu einer weiteren Erhöhung der Preissensibilität der Endkunden. Ziel des Vertriebs ist es, trotz der sich verschärfenden Wettbewerbssituation das hohe Kundenbindungsniveau zu halten und in den überregionalen Vertriebsgebieten wertorientiert zu wachsen. Des Weiteren werden wir sukzessive unser Dienstleistungsgeschäft ausbauen und unsere Kunden mit neuen, innovativen Produkten begleiten.

Durch die Einspeisung des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen hat sich die Entwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom durch sinkende Preise weiter verschärft. Dies wird die Vermarktung

der in konventionellen Kraftwerken erzeugten Strommengen auch weiterhin deutlich belasten.

Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt nach wie vor auf den Erzeugungsanlagen sowie dem Ausbau und dem Erhalt der Verteilnetze. Des Weiteren sind Investitionen in erneuerbare Energien geplant. Um einen optimalen Einsatz der begrenzten Finanzmittel zu gewährleisten, ist es entscheidend, Investitionen einerseits zu streuen und andererseits sorgfältig abzuwägen, um die finanzielle Tragkraft des Unternehmens nicht zu überfordern.

Erwartete konjunkturelle Entwicklung

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute haben die ursprünglichen Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2015 nach unten korrigiert und gehen nur noch von einem Wachstum des BIP in Höhe von 1,2% aus. Der Grund für den schwindenden Optimismus der Institute sind die nur mäßig anziehende Nachfrage und die langsamere Erholung der Euro-Zone. Zudem führen die derzeitigen internationalen Krisen zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen.

Erwartete Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Nach dem deutlichen Wertverlust in den letzten Jahren dürfte die Kohlenotierung ihren Tiefstand erreicht haben und gegebenenfalls im Jahresverlauf 2015 einen leichten Anstieg verzeichnen. Für nicht wenige Unternehmen weltweit ist die Kohleförderung auf Basis der aktuellen Preise unrentabel. Dementsprechend sollte das bestehende Überangebot sukzessive abgebaut werden. Gleichzeitig könnte eine stärker wachsende Weltwirtschaft im Jahr 2015 eine Belebung der Kohlenachfrage zur Folge haben.

Der Einfluss der Ölpreisentwicklung auf die Gasnotierungen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen. Wir erwarten, dass dieser Trend sich auch in Zukunft weiter fortsetzen wird. Wir halten kurzfristig weitere Preisrückgänge beim Öl für möglich, rechnen im späteren Jahresverlauf aber mit einer Stabilisierung der Notierungen oberhalb der Marke von 60 US-Dollar pro Barrel.

Am Gasmarkt erwarten wir, nach dem stark preisbelastenden Witterungseinfluss im Jahr 2014, für das Jahr 2015 eine stabile bis leicht ansteigende Preisentwicklung. So gehen wir trotz schwacher Mittelfristerwartungen für die europäische Nachfrage von einer weiter leicht steigenden Importabhängigkeit Europas bei einer eher knapperen Verfügbarkeit von verflüssigtem Erdgas (LNG) am Weltmarkt aus. Deutliche Preissteigerungen sollten unter Annahme stabiler europäischer Lieferbeziehungen zu Russ-

Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt nach wie vor auf den Erzeugungsanlagen sowie dem Ausbau und dem Erhalt der Verteilnetze.

land sowie durch eine insgesamt flexible europäische Angebotsseite verhindert werden.

Daneben erwarten wir auch bei den Emissionszertifikaten (EU Allowances – EUA), dass die vorgeschlagene Reformmaßnahme einer Marktstabilitätsreserve im nächsten Jahr verabschiedet wird und möglicherweise auch schon früher in Kraft treten könnte als bisher geplant (2017 statt 2021). Eine Fortsetzung des bestehenden leichten Aufwärtstrends bei den EUA-Preisen wäre dann realistisch.

Die Stromkontrakte mit Liefertermin im Jahr 2015 verloren im Jahresverlauf moderat an Wert und erreichten zum Jahresende ihre bisherigen Tiefstände. Im kommenden Jahr rechnen wir mit einer Stabilisierung beziehungsweise einem leichten Anstieg der Strompreise. Unsere Einschätzung beruht dabei auf der Annahme, dass die Preisentwicklung der Stromterminkontrakte eng an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt ist.

Ein schwer kalkulierbares Risiko für die Preise stellt aus heutiger Sicht der Ukraine-Konflikt dar. Einen weiteren Einflussfaktor sehen wir in der nach wie vor bestehenden europäischen und globalen Schuldenkrise, die sich durchaus erneut zuspitzen kann – einhergehend mit wirtschaftlicher Schwäche und deutlichen Preisrückgängen am Energiemarkt.

Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Wir gehen trotz der energiewirtschaftlichen Herausforderungen im kommenden Jahr von einer stabilen Ertragslage aus. Maßgeblich für die Kompensation des schwierigen Markt- und Branchenumfeldes sind nachhaltig wirkende Produktivitätssteigerungen und Kostenreduzierungen, die wir durch die weiterhin konsequente Umsetzung der im Rahmen unseres Effizienzprogramms EINS definierten Maßnahmen erwarten.

Im Konzernabschluss stellt sich die erwartete Entwicklung des bereinigten EBT in den einzelnen Segmenten wie folgt dar:

MIO. €	2015 (Prognose)
Wärme- und Stromerzeugung	leicht über Vorjahr
Stromversorgung	in etwa auf Vorjahresniveau
Gasversorgung	deutlich über Vorjahr
Wärmeversorgung	deutlich über Vorjahr
Wasserversorgung	auf Vorjahresniveau
Beteiligungen	deutlich unter Vorjahr
Konzern	131,7

In der Wärme- und Stromerzeugung rechnen wir damit, dass das geringe Strompreinsniveau zu weiterhin niedrigen Rohmargen führt. Gegenläufig prognostizieren wir, unter Annahme eines durchschnittlichen Witterungsverlaufs, einen positiven Effekt aus der erzeugten Wärme- und Kältemenge gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr. Bei den Stromerzeugungsmengen erwarten wir eine Produktion leicht über Vorjahresniveau.

Im Vertriebsgeschäft Strom gehen wir für das Jahr 2015 davon aus, den Absatz gegenüber dem Jahr 2014 deutlich zu steigern. Begründet ist dies durch einen geplanten Zuwachs in allen Kundensegmenten. Dabei wollen wir Kunden in den überregionalen Vertriebsgebieten gewinnen und Maßnahmen zur Kundenbindung im Stammgebiet durchführen. Bei der Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen rechnen wir durch die nach wie vor angespannte Situation an den Großhandelsmärkten für Strom weiterhin mit niedrigen Spreads. Im Netzgeschäft besteht die Herausforderung für das Ergebnis auch im Jahr 2015 in der Erfüllung der Effizienzvorgaben aus der Anreizregulierungsverordnung.

Die Gasversorgung bleibt, wie auch in den Vorjahren, eine wesentliche Ergebnisstütze unseres Unternehmens. Wir rechnen im Jahr 2015 mit deutlichen Absatzsteigerungen. Wie auch beim Strom wollen wir in den überregionalen Vertriebsgebieten Neukunden hinzugewinnen. Da wir im Jahr 2015 zudem mit einem durchschnittlichen Witterungsverlauf rechnen, entfällt der absatzreduzierende Effekt durch die zu warmen Durchschnittstemperaturen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Gegenläufig gehen wir davon aus, dass die Gasvertriebsmargen wegen des intensiven Wettbewerbs noch stärker unter Druck geraten werden. Im Netzgeschäft wirken sich die Vorgaben zur Reduktion der Erlösobergrenze in der zweiten Regulierungsperiode (2013 bis 2017) etwas stärker aus als in der ersten.

Auch in der Wärmeversorgung erwarten wir durch die unterstellte Normalisierung der Witterungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Erhöhung der Absatzmengen und des Ergebnisbeitrags im Jahr 2015.

Das Wasserergebnis ist weiterhin durch ein niedrigeres Preisniveau infolge des Wasserkartellverfahrens beeinflusst. Für das Jahr 2015 wird ein gleichbleibend geringer Ergebnisbetrag bei nahezu konstantem Absatz prognostiziert.

Im Segment Beteiligungen erwarten wir ein deutlich niedrigeres Ergebnis als im abgelaufenen Geschäftsjahr, das von einem positiven Einmaleffekt durch die

Wir gehen trotz der energiewirtschaftlichen Herausforderungen im kommenden Jahr von einer stabilen Ertragslage aus.

Beendigung eines Rechtsstreits bei einer Beteiligung beeinflusst wurde.

Bezüglich der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit gehen wir für das Jahr 2015 von einer nach wie vor stabilen Entwicklung auf Vorjahresniveau aus.

Zukünftige Investitionen und Finanzlage

Die geplanten Investitionen verteilen sich wie folgt:

MIO. €	2015
Erzeugungsanlagen	39
Verteilungsanlagen	65
Sonstiges	15
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	119
Erwerb von Beteiligungen	9
	128

Entsprechend unserer Unternehmensstrategie liegt der Fokus der zukünftigen Investitionen auf umweltschonender Energieerzeugung und zuverlässiger Energieversorgung. Dabei bedarf es verlässlicher gesetzlicher, energiepolitischer und regulatorischer Rahmenbedingungen.

Der Investitionsschwerpunkt liegt auf der Umsetzung unseres Fernwärmeversorgungskonzepts und den damit verbundenen Investitionen in unser Fernwärmenetz und in die bestehenden Erzeugungsanlagen. Durch den Ausbau der Netzinfrastruktur im Fernwärmebereich tragen wir zur weiteren Verbesserung der Klimabilanz der Stadt Frankfurt am Main bei.

Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und die Erweiterung unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und -qualität im Interesse unserer Kunden.

Ziel der geplanten Investitionen in unsere bestehenden konventionellen Kraftwerke ist die weiterhin sichere Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen sowie den Ausbau und die Optimierung der Kraft-Wärme-Kopplung zu gewährleisten. Effizienzsteigerungen im Bereich der Kraftwerke werden mittel- bis langfristig einen wesentlichen Ergebnisbeitrag liefern.

Der Erwerb von Beteiligungen entfällt im Wesentlichen auf Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Dabei investieren wir vorwiegend in Onshore-Windkraftanlagen. Damit verfolgen wir unsere Erzeugungsstrategie mit dem Ziel des Ausbaus von regenerativen Energien weiter. Durch Unsicher-

heiten in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen könnte sich die Umsetzung allerdings verzögern.

Des Weiteren sind Anpassungen und Erweiterungen der bestehenden IT-Infrastruktur aufgrund von Änderungen der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen erforderlich. Darüber hinaus wollen wir unser bestehendes Netzgebiet erweitern und Synergieeffekte durch den Erwerb neuer Konzessionen nutzen.

Wir gehen davon aus, dass unsere zukünftigen Investitionen, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung mit dem Schwerpunkt des Fernwärmeversorgungskonzepts, nicht ausschließlich durch Eigenmittel finanzierbar sind. Daher werden wir zum gegebenen Zeitpunkt die für uns geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten prüfen.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Insbesondere im Hinblick auf die anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen ist zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Alle von den Unternehmensbereichen gemeldeten Risiken werden gemäß der Risikomanagement-Richtlinie zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumfang der Chancen und Risiken nur geringfügig verändert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

Die Risikoeinschätzungen werden über ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dabei verstehen wir das Risikomanagement als systematische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir Chancen als positive Abweichungen vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

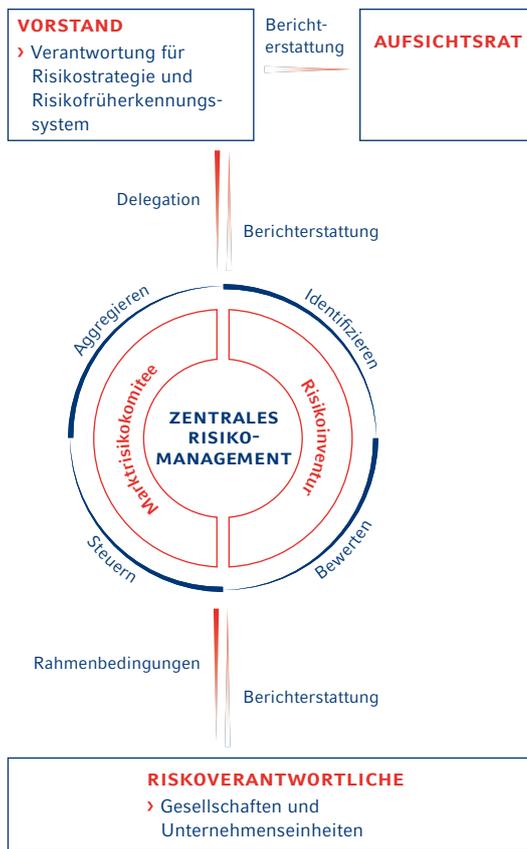
Wir unterscheiden zwischen Markt- und Unternehmenschancen beziehungsweise -risiken sowie übergeordneten und strategischen Sachverhalten. Marktchancen und -risiken entstehen im Wesentlichen durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf die operative

Geschäftstätigkeit. Aus übergeordneten beziehungsweise strategischen Sachverhalten ergeben sich zudem sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken.

Die Risikotragfähigkeit wird auf der Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, das die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Das Risikomanagementsystem der MAINOVA stellt sich wie folgt dar:

Risikomanagementsystem



Durch die Risikoinventur werden alle Risiken von unseren Unternehmensbereichen und den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und bewertet. In deren Verantwortung liegt es ebenfalls, Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Kontrolle von Risiken zu initiieren und ihre Wirksamkeit sicherzustellen.

Daneben erfolgt das Monitoring der Marktrisiken im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK).

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das Risikomanagement. Dieser ist für die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an den Vorstand sowie unseren Aufsichtsrat verantwortlich. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmensbereichen ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Identifikation und Nutzung von Chancen liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Die sich bietenden Marktchancen werden zudem im MRK erörtert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu immer schwerer prognostizierbaren Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Die zunehmende Preisvolatilität birgt, sowohl bei der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie, vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und der Absatzseite.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen, wie beispielsweise zur Mittagszeit, immer seltener zum Einsatz, da zu diesen Zeiten ausreichend Solar- und Windstrom vorhanden ist. Sinkende Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen daher die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf Basis der Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten unterliegt.

Um Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung abzusichern, setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig wird zur Sicherung der Stromerlöse ein Vermarktungsge-

schäft (Forward) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Die Strommengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine gestreute Beschaffung. Diese Strategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen und zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

Zu Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2013/2014 sind langfristige Vollversorgungsverträge ausgelaufen. Unsere neue Bezugsstrategie sieht analog zum Strombezug nun eine marktnahe und deutlich differenziertere Beschaffung vor. Den daraus resultierenden Marktopportunitäten stehen Mengen- und Preisrisiken gegenüber. Zur Begrenzung dieser Risiken wurde ein entsprechendes Limitsystem installiert, das zudem eine zeitliche Streuung der Beschaffungsaktivitäten sicherstellt.

In einem begrenzten und regelmäßig überwachten Rahmen betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Anhang des MAINOVA-Konzerns.

Für die Steuerung und Überwachung der Marktchancen und -risiken, die sich aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung ergeben, ist das MRK verantwortlich.

Um Marktrisiken zu minimieren, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen wir Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandelsgeschäfte durchführen können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, das vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein entsprechendes von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist der Value-at-Risk (VaR). Dieser zeigt mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus offenen Positionen des Energiehandelsportfolios entstehen können.

Der VaR bezieht sich dabei auf das aktuelle sowie die drei folgenden Geschäftsjahre. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimite als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2014 betrug der VaR rund 17 Mio. Euro (Vorjahr 12 Mio. Euro), was einer Ausschöpfung des Limits von 33 % (Vorjahr 24 %) entspricht.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordneten Sachverhalte umfassen alle Arten von Chancen und Risiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben sowie sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken aus übergeordneten beziehungsweise strategischen Sachverhalten.

Die Unternehmensrisiken teilen wir entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht, Compliance und Revision ein.

Der Erwartungswert aller erfassten Risiken entfällt mit 12 % auf die Erzeugung, 47 % auf den Vertrieb, 25 % auf Netz- und Regulierungsrisiken und 16 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf rund 35 Mio. Euro, wovon ca. 10 Mio. Euro auf die zehn größten Risiken entfallen.

Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich, trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung von Erzeugungsanlagen, Risiken aufgrund von technischen Störungen oder des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduziert diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Ausfällen können wir die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringern, nicht jedoch mögliche Produktionsausfallkosten.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus sinkenden Erzeugungsmengen auch Chancen. Wir ergreifen diese, indem wir in regenerative Erzeugungsanlagen investieren. Unser Engagement konzentriert sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaik- und Onshore-Windparks. Dabei bilden, insbesondere in Bezug auf zukünftige Investitionsentscheidungen, zuverlässige politische Rahmenbedingungen und die daraus resultierende Wirtschaftlichkeit die Grundlage für eine ausreichende Planungssicherheit.

Ferner steigern wir durch Optimierungsmaßnahmen die Rentabilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. In den letzten Jahren konnten wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt qualifizieren. Diese sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen und dadurch zusätzliche Deckungsbeiträge zu generieren. Dadurch leisten sie einen zunehmenden Beitrag zur Sicherstellung der Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Zudem optimieren wir die Rentabilität unseres Kraftwerksparks durch die Vermarktung kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten im Rahmen des Intraday-Handels.

Eine weitere Optimierungsmaßnahme zur Steigerung der Rentabilität des Kraftwerksparks ist die Umsetzung des Wärmeversorgungskonzepts. Der daraus mittelfristig entstehende Wärmeverbund zwischen den Frankfurter Erzeugungsanlagen führt zu einer effizienteren Nutzung der Erzeugungskapazitäten und zu flexibleren Einsatzmöglichkeiten der Anlagen, wodurch wir deren Fahrweise optimieren. Dies führt wiederum zu Brennstoffeinsparungen und somit zu deutlichen Kostenentlastungen. Das Konzept ermöglicht darüber hinaus Neukundenanschlüsse mit erheblichem Leistungszuwachs, was zu einer weiteren Verbesserung der Ertragslage führt.

Für die zuletzt aufgrund von geringen Markteinsatzmöglichkeiten angespannte Ergebnissituation unserer Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) konnte im April 2013 gemeinsam mit der BNetzA und dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT eine Lösung gefunden werden. Die Einigung sieht vor, dass für die Nutzung von systemrelevanter Kraftwerksleistung vom Übertragungsnetzbetreiber zumindest bis April 2016 anteilig die Kosten für den Kraftwerksbetrieb erstattet werden.

Die Abnahme der Gemeinschaftskraftwerkes Bremen GmbH & Co. KG (GKB), an dem MAINOVA mit 25,1 % beteiligt ist, wird sich um mehr als ein Jahr verzögern und erfolgt nach aktuellem Planungsstand frühestens Mitte 2015. Aufgrund der Marktsituation im Jahr 2014 hatten die infolge der Verspätung entgangenen Erlöse nur einen geringen Einfluss auf die Ergebnissituation der MAINOVA.

Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb in den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken in der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fokussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen.

Darüber hinaus ist die Pflege unserer Bestandskunden ein wichtiger Baustein um unsere bisherigen Marktanteile zu sichern und somit das Risiko von Mengenverlusten zu mindern. Wir übernehmen für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von einem durchschnittlichen Witterungsverlauf aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. So war das Jahr 2014 im Durchschnitt deutlich wärmer als das Vorjahr, wodurch der Absatz von Erdgas und Wärme signifikant gesunken ist.

Der Bundesgerichtshof hat in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsklauseln wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs verworfen. Unsere Preisanpassungsklauseln in den Sparten Strom, Gas und Wärme waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt kein gerichtliches Urteil vor, das unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt.

Infolge einer kartellrechtlichen Überprüfung unserer Wasserpreise haben wir uns im Jahr 2012 im Rahmen eines Vergleichs mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen verpflichtet, die Wasserpreise in den Jahren 2012 bis 2014 für alle Kunden im Tarif „Aqua Classic“ unabhängig vom Jahresverbrauch um 20 % gegenüber dem Jahr 2011 zu reduzieren. Die wirtschaftlichen Belastungen aus der Vergleichsvereinbarung waren teilweise durch bilanzielle Vorsorgen gedeckt. Nach Beendigung des Vergleichszeitraums besteht weiterhin das Risiko, keine kostendeckenden Preise mehr erzielen zu können.

Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des EnWG einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Diese zwingen die Netzbetreiber, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Für die zweite Regulierungsperiode Strom (ab 2014) konnten wir eine Anhebung des Effizienzwertes für das Stromnetz der NRM um zwei Prozentpunkte erreichen. Dies führt zu deutlichen Mehrerlösen und stabilisiert den Beitrag des Netzbetreibers zum Un-

ternehmensergebnis. Hierbei war hilfreich, dass bezüglich der Berücksichtigung von Personalzusatzkosten mit der BNetzA ein Vergleich zugunsten der NRM geschlossen werden konnte.

Bezüglich des Gasnetzes wird die Frage, ob Personalzusatzkosten im Pachtmodell als „dauerhaft nicht beeinflussbar“ einzustufen sind, gerichtlich geklärt. Nachdem die BNetzA dies hinsichtlich des Stromnetzes anerkannt hatte, können die Chancen, dies auch bezüglich des Gasnetzes durchzusetzen, als gut bezeichnet werden. In welcher Höhe sich dies positiv auf die Erlösbergrenze der zweiten Regulierungsperiode auswirken könnte, bleibt abzuwarten.

Eine Chance zur Erhöhung der Erlösbergrenze ergibt sich ebenfalls aus der gerichtlichen Beschwerde gegen die Festlegung des Qualitätselements innerhalb der Erlösbergrenze. Der Ausgang des Verfahrens ist jedoch ungewiss.

Die geplanten Verordnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zum flächendeckenden Einsatz intelligenter Messsysteme und intelligenter Zähler können in der von deren Gutachtern empfohlenen Form ab dem Jahr 2016 zu erheblichem zusätzlichem Aufwand führen.

Im Jahr 2013 hat der Bundesrat die Bundesregierung in seinem Entschließungsantrag vom 5. Juli 2013 aufgefordert, baldmöglichst einen Mechanismus zu schaffen, mit dem die Investitionskosten ohne Zeitverzug in der Erlösbergrenze anerkannt werden können. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag bekräftigt, die Rahmenbedingungen für die Verteilnetze investitionsfreundlich ausgestalten zu wollen. Sie will hierbei den Evaluierungsbericht zur Anreizregulierung, den die BNetzA bis Ende 2014 vorlegen musste, als Entscheidungsgrundlage zur Weiterentwicklung der Anreizregulierung heranziehen. Während auch bei der BNetzA grundsätzlich der Bedarf an einer Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Verteilnetzen anerkannt ist, so sind der Umfang und die Instrumente, für die sich die BNetzA aussprechen wird, noch nicht abzusehen.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Rhein-Main Region derzeit ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen aus der Region auf. Diese wol-

len ihr Netzgeschäft ausweiten und andere verlorene Konzessionen kompensieren. Auch MAINOVA bewirbt sich in einem definierten Radius um Frankfurt herum um weitere Strom- und Gaskonzessionen.

Neben der direkten Vergabe der Wegenutzungsverträge tendiert ein Teil der Kommunen dazu, die Konzessionen an eine Netzeigentumsgesellschaft zu vergeben, an der sie selbst als Mehrheitsgesellschafter beteiligt sind. Minderheitsgesellschafter wird in der Regel der bisherige Konzessionär. Der operative Netzbetrieb erfolgt dann weiterhin durch den bisherigen Netzbetreiber, mit dem die Netzeigentumsgesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

Finanzen und Beteiligungen

Unter „Finanzen und Beteiligungen“ erfassen wir finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, Forderungsausfallrisiken und Risiken aus der Nichteinhaltung vereinbarter Finanzkennzahlen (Covenants) aus der Fremdkapitalaufnahme.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen nicht zur Verfügung stehen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsmanagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, mit der SWFH Termingelder zur Abdeckung von Liquiditätsunterdeckungen zu vereinbaren. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zinsswaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen in Bezug auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einer-

seits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie strenge Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht im Rahmen der turnusmäßigen Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung und -förderung sowie die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

Recht, Compliance und Revision

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen der Rechtslage durch das Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus

höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Die im Juli 2014 in Kraft getretene Novellierung der Finanzmarkttrichtlinie, kurz MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive), sieht vor, dass Tätigkeiten am Energiemarkt, die bislang pauschal befreit waren, nur dann nicht in die Finanzmarktregulierung einbezogen werden, wenn die engen Grenzen eines der verbliebenen Befreiungstatbestände erfüllt sind. Eine finale Einschätzung ist erst nach Fertigstellung der nachgeordneten Rechtssetzungsakte, mit denen derzeit die ESMA (European Securities and Markets Authority) befasst ist, möglich. Nach den derzeitigen Entwurfsständen spricht jedoch sehr viel dafür, dass MAINOVA nicht unmittelbar betroffen sein wird. Mittelbar können jedoch Risiken entstehen, wenn Beteiligungen unter die Finanzmarktregulierung fallen.

Durch die Einführung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) ergeben sich für uns als Energieerzeuger und -händler Verpflichtungen zu Datenmeldungen und zur Datentransparenz, die unter anderem die Veröffentlichung von Kraftwerksdaten umfassen. Durch geeignete interne Prozesse sowie die Schulung aller relevanten Mitarbeiter kommen wir diesen neuen Anforderungen nach.

Die finale Ausgestaltung der EMIR (European Market Infrastructure Regulation)-Verordnung ist im März 2013 in Kraft getreten. Von Clearingpflichten sind wir derzeit – und absehbar auch in Zukunft – nicht betroffen. Die Überprüfung der entsprechenden Schwellenwerte erfolgt für alle Konzerngesellschaften zentral durch die SWFH auf Basis der von MAINOVA gelieferten Daten. Die Datenmeldepflichten werden erfüllt.

Compliance-relevante Risiken umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise Regelungen zu Korruption, Datenschutz oder Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen. Um Compliance-Risiken zu vermindern, führt das Compliance Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen. Hierdurch erreichen wir, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem stellen wir sicher, dass für die betroffenen Compliance-Risiken ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

Sonstige Angaben

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGSPROZESS NACH § 315 ABS. 2 NR. 5 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlage hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer wie qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten werden regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der MAINOVA AG zum Konzernabschluss zusammen. Die MAINOVA AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzerneinheitlichen Konzeptionen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionsystem auf seine Angemessenheit.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DEN VORSTAND

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Komponente zusammen. Die fixe Komponente besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem LAP teil. Die Aus-

zahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt bzw. Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsansparungen aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % bzw. 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetraglose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem Aktiengesetz. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesell-

schaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.078 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga AG (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 MitbestG eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 38,7 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. In diesem Fall würde die Liquidität der Gesellschaft belastet. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie bei einigen Darlehen nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden (14,0 Mio. Euro). Bei weiteren Darlehen (24,7 Mio. Euro) ist der Darlehensgeber zwar zur Kündigung berechtigt, kann aber auch eine Anpassung der Sicherheiten verlangen.

Das Grundkapital
der MAINOVA AG
beträgt
142.336.000 Euro.

Die MAINOVA AG hat mit ihren Mitgesellchaftern in der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 15a (DRS 15a) liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder sonst wie keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit bzw. einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerkes am Kraftwerkstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der GKI einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die MAINOVA einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag des Müllheizkraftwerkes Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Im Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH ist die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellchafter durch Gesellchafterbeschluss vorgesehen, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der GKB sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesell-

schaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellchafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellchafter beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. UmwG oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der Stadtwerke Frankfurt unterstellt (Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

Die MAINOVA AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sowie nach den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes auf.

Die MAINOVA AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die MAINOVA AG zu.

WIRTSCHAFTSBERICHT DER MAINOVA AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)

T 10			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Umsatzerlöse	2.125,8	2.295,6	-169,8
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	2,7	1,0	1,7
Sonstige betriebliche Erträge	90,9	115,7	-24,8
Materialaufwand	1.729,4	1.881,8	-152,4
Personalaufwand	191,0	191,4	-0,4
Abschreibungen	64,6	66,6	-2,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	152,4	190,5	-38,1
Finanzergebnis	7,9	12,6	-4,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	89,9	94,6	-4,7
Steuern	30,2	35,9	-5,7
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	59,7	58,7	1,0
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 89,9 Mio. Euro lag um 4,7 Mio. Euro unter dem Vorjahr und leicht über Plan. Bereinigt um die im Vorjahr enthaltenen Erträge aus einem Immobilienverkauf in Höhe von rund 20 Mio. Euro

war eine positive Ergebnisentwicklung zu verzeichnen. Hierzu führten Einsparungen durch unser Effizienzprogramm EINS. Zudem wirkten sich einmalige Sachverhalte, wie beispielsweise die Sonderausschüttung einer Beteiligung und geringere Rückstellungszuführungen ergebnissteigernd aus. Kompensiert wurden diese Effekte teilweise durch die deutlich wärmere Witterung, die einerseits zu Margenverlusten im Gas- und Wärmevertrieb sowie andererseits zu einer Verlustübernahme von der NRM geführt hat.

Das EBT der MAINOVA AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 11			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	-6,3	13,1	-19,4
Stromversorgung	7,2	-13,2	20,4
Gasversorgung	68,2	81,1	-12,9
Wärmeversorgung	-4,8	2,6	-7,4
Wasserversorgung	0,5	-0,1	0,6
Beteiligungen	24,6	11,4	13,2
Sonstiges	0,5	-0,3	0,8
	89,9	94,6	-4,7

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse.

Nachfolgend wird die Entwicklung der **einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung** erläutert.

Die **Umsatzerlöse** stellten sich wie folgt dar:

T 12			
MIO. €	2014	2013	Veränderung
Strom	1.103,2	1.166,1	-62,9
Gas	563,5	656,1	-92,6
Wärme, Dampf, Kälte	108,2	129,6	-21,4
Wasser	67,8	70,1	-2,3
Sonstige	283,1	273,7	9,4
	2.125,8	2.295,6	-169,8

Bei den Stromerlösen war im Vertriebsgeschäft ein absatzbedingter Umsatzrückgang bei Individualprodukten zu verzeichnen. Der Preiseffekt durch die Weitergabe der EEG-Umlage an die Kunden machte sich hingegen positiv bemerkbar. Im Handelsgeschäft bewegten sich die Erlöse nahezu auf dem

Niveau des Vorjahres. Die Erlöse im witterungsabhängigen Gas- und Wärmegeschäft wurden maßgeblich durch einen Absatzrückgang aufgrund der deutlich höheren Durchschnittstemperaturen beeinflusst. Im Gasgeschäft wurde dieser Effekt zum Teil durch höhere Handelsumsätze kompensiert. Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse entfiel auf Nebengeschäfte.

Die geringeren Strom- und Gasvertriebsmengen führten ebenfalls zu einem niedrigeren **Materialaufwand**. Auf den Gasbezug wirkten sich zudem Preiseffekte aufwandsmindernd aus. Gegenläufig war der Strombezug durch höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage sowie die Bildung einer Drohverlustrückstellung für einen Liefervertrag beeinflusst. Aus dem Mengenrückgang resultierten auch gesunkene Netznutzungsentgelte.

Der Rückgang der **sonstigen betrieblichen Erträge** resultierte im Wesentlichen aus einem im Vorjahr enthaltenen Immobilienverkauf.

Aufgrund von ausgleichenden Effekten durch eine tariflich bedingte Gehaltsanpassung sowie einen gesunkenen Mitarbeiterbestand liegt der **Personalaufwand** nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sanken insbesondere durch Kosteneinsparungen sowie geringere Rückstellungszuführungen.

Das **Finanzergebnis** wurde durch höhere Erträge aus Beteiligungen beeinflusst, die auf eine Sonderausschüttung einer Beteiligung zurückzuführen waren. Gegenläufig wirkten sich allerdings vor allem die Übernahme des witterungsbedingt angefallenen Verlusts unserer Netzgesellschaft sowie Abschreibungen auf Finanzanlagen aus.

Vermögenslage der Mainova AG

Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)

T 13

MIO. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	749,5	746,8	2,7
Finanzanlagen	278,1	284,7	-6,6
Anlagevermögen	1.027,6	1.031,5	-3,9
Vorräte	42,5	36,7	5,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	270,7	349,0	-78,3
Übrige Vermögensgegenstände	3,9	2,3	1,6
Umlaufvermögen	317,1	388,0	-70,9
	1.344,7	1.419,5	-74,8
Passiva			
Eigenkapital	356,7	356,7	0,0
Erhaltene Zuschüsse	118,5	110,6	7,9
Rückstellungen	329,9	325,5	4,4
Übrige Verbindlichkeiten	539,6	626,7	-87,1
	1.344,7	1.419,5	-74,8

Die Bilanzsumme belief sich auf 1.344,7 Mio. Euro und lag um 74,8 Mio. Euro bzw. 5,3 % unter der Bilanzsumme des Vorjahres.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen im Gegensatz zum Vorjahr nur unwesentlich verändert. Der Rückgang der Finanzanlagen war im Wesentlichen durch Kapitalrückzahlungen und Abschreibungen verursacht. Das Umlaufvermögen (einschließlich aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) lag unter dem Vorjahresniveau, was insbesondere auf witterungsbedingt geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen war.

Auf der Passivseite haben sich Darlehenstilgungen, geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und ein abrechnungstechnisch bedingter Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten ausgewirkt.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

T 14

MIO. €	2014	2013	Veränderung
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	125,4	143,2	-17,8
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-70,3	-4,7	-65,6
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-70,5	-64,4	-6,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-15,4	74,1	-89,5
Finanzmittelfonds	64,8	80,2	-15,4

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 17,8 Mio. Euro ab. Dies ist auf den Aufbau von Verbindlichkeiten im Vorjahr zurückzuführen. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen um 65,6 Mio. Euro über dem Vorjahr, welche Einzahlungen aus der Rückführung von Termingeldanlagen in Höhe von 60,0 Mio. Euro enthielt. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der planmäßigen Tilgung von Krediten.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (148,4 Mio. Euro; Vorjahr 166,5 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (0,7 Mio. Euro; Vorjahr 0,6 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (84,3 Mio. Euro; Vorjahr 86,9 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pools angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von Beteiligungen.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT DER MAINOVA AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die MAINOVA AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die MAINOVA AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf Abschnitt 5 im Anhang zum Jahresabschluss der MAINOVA AG.

Für die MAINOVA AG planen wir mit einem EBT in der Größenordnung des Vorjahres. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2015 geplanten Investitionen der MAINOVA AG belaufen sich auf rund 123 Mio. Euro. Die Verteilung auf Anlagengruppen entspricht im Wesentlichen der im Kapitel „Zukünftige Investitionen und Finanzlage“ aufgeführten Aufteilung im Konzern.

ANGABEN ZU DEN TÄTIGKEITSABSCHLÜSSEN NACH § 6B ENWG

Gemäß der am 20. Dezember 2012 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der MAINOVA jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Ferner erstellen wir für diese Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der MAINOVA werden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) stehen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (sonstige betriebliche Erträge) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung weist einen Jahresgewinn in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) aus. Die Steigerung ist hauptsächlich auf das gestiegene Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gesteigener Investitionen um 4,3 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die sonstigen Verbindlichkeiten um 9,5 Mio. Euro gesunken und die Pensionsrückstellungen um 8,1 Mio. Euro gestiegen.

Die Gasverteilung weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 16,8 Mio. Euro (Vorjahr 24,9 Mio. Euro) aus. Die Reduzierung ist hauptsächlich auf ein niedrigeres Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Anteile an verbundenen Unternehmen um 6,3 Mio. Euro und die

Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 24,7 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,5 Mio. Euro und die sonstigen Verbindlichkeiten um 3,3 Mio. Euro gesunken. Die Pensionsrückstellungen erhöhten sich um 4,2 Mio. Euro.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

Bilanz zum 31. Dezember 2014

TSD. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
AKTIVA			
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		44.336	42.255
Sachanlagen		705.199	704.484
Finanzanlagen		278.068	284.735
		1.027.603	1.031.474
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	42.470	36.706
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	270.753	348.986
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	724	559
		313.947	386.251
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	3.153	1.733
Summe Aktiva		1.344.703	1.419.458

TSD. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
		356.679	356.679
B. Erhaltene Zuschüsse		118.510	110.637
C. Rückstellungen	(8)	329.851	325.459
D. Verbindlichkeiten	(9)	533.199	620.225
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	6.464	6.458
Summe Passiva		1.344.703	1.419.458

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

TSD, €	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	(13)	2.125.774	2.295.561
Bestandsveränderung		74	-103
Andere aktivierte Eigenleistungen		2.624	1.148
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	90.916	115.722
Materialaufwand	(15)	1.729.436	1.881.784
Personalaufwand	(16)	191.004	191.434
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	64.642	66.578
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	152.352	190.530
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	21.558	24.643
Zinsergebnis	(20)	-13.573	-12.012
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		89.939	94.633
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	26.412	32.123
Sonstige Steuern		3.831	3.841
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		59.696	58.669
Jahresüberschuss		-	-

Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Anhang für das Geschäftsjahr 2014

1. Allgemeines

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA) und der SWFH ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Teil des operativen Geschäfts wird von Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) hat das Strom- und Gasnetz der MAINOVA gepachtet und die Betriebsführung der Wasser- und Wärmenetze übernommen. Die MAINOVA EnergieDienste GmbH betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) und das technische Facility Management. Die Aufgaben der MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Mit allen oben genannten Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der MAINOVA zum 31. Dezember 2014 erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den Sondervorschriften des Aktiengesetzes und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes.

Formale Darstellung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierung und Bewertung

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer, linear abgeschrieben.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Wertverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die nach dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang vorgenommen.

Die jährlichen Abschreibungssätze der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	%
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2–10
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	2–8
Verteilungsnetze	2–7
Hausanschlüsse	3–5
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Die zum 1. Januar 1998 zum Restbuchwert übernommenen Sachanlagen des Versorgungsbetriebs der SWFH werden ebenfalls unter Beibehaltung der bisherigen Restnutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig über fünf Jahre abgeschrieben. MAINOVA wendet diese Regelung für alle geringwertigen Vermögensgegenstände mit Ausnahme von IT-Hardware aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz an. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 150 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Erhaltene Zuschüsse (Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge) werden, entsprechend ihres Entstehungszeitpunkts, wie folgt behandelt:

- › Die bis zum Jahr 2002 von Kunden erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert unter den Passiva ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagenspiegel als Abgänge ausgewiesen.
- › Seit dem 1. Januar 2010 werden die von Kunden erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert unter den Passiva ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- › Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM und energierechtlicher Vorschriften wurden ab 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben bis zur Auflösung bei der NRM. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an MAINOVA abgetreten und bei MAINOVA passiviert.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer vorraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Zudem werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Im Zuge der Umstellung auf die Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) machte die MAINOVA von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB zur Beibehaltung von Rückstellungen Gebrauch. Somit wurden Rückstellungen, bei denen aufgrund der geänderten Bewertung durch die Umstellung auf BilMoG eine Auflösung erforderlich war, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Zu jedem Stichtag wird eine Überprüfung des Überdeckungsbetrags durchgeführt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz in Höhe von 4,58 % p. a. (Vorjahr 4,89 % p. a.) abgezinst. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen 2,0 % (Vorjahr 2,0 %).

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 2,85 % p. a. (Vorjahr 3,37 % p. a.) für abgeschlossene Altersteilzeitverträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 2,96 % p. a. (Vorjahr 3,62 % p. a.) für potenzielle Altersteilzeitanwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren (Vorjahr drei Jahren) sowie ein Gehaltstrend in Höhe von 2,0 % (Vorjahr 2,0 %) zugrunde gelegt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter rätierlich über die Laufzeit angesammelt. Die Basis für die versicherungsmathematische Ermittlung sind jeweils die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen werden. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis, hat MAINOVA keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB von 4,58 % p. a. (Vorjahr 4,89 % p. a.) und eines jährlichen Einkommenrends von 2,0 % p. a. (Vorjahr 2,0 % p. a.) ermittelt.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden (Material)-Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagenspiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2014 wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 13,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,1 Mio. Euro) vorgenommen, welche auf diverse Beteiligungen entfallen.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, welche gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) VORRÄTE

TSD, €	31.12.2014	31.12.2013
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	41.904	36.342
Unfertige Leistungen	566	364
	42.470	36.706

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 6,1 Mio. Euro).

(3) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	695.191	743.898
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	547.872	513.487
	147.319	230.411
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	91.171	88.783
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.449	16.569
Sonstige Vermögensgegenstände	17.814	13.223
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(2.022)	(2.975)
	270.753	348.986

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind mit 651,6 Mio. Euro (Vorjahr 695,5 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen gegen SWFH		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	148.388	166.505
Verbindlichkeiten aus Steuerumlage	-4.780	-10.946
Steuerforderungen	14.313	10.485
Gewinnabführungsverpflichtung	-59.696	-58.669
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	-27.313	-38.613
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	46	-547
	70.958	68.215
Übrige Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.582	17.780
Tagesgeldanlagen	-2.794	-740
Forderungen aus der Ergebnisabführung	4.425	3.528
	20.213	20.568
	91.171	88.783

Von den **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, resultieren 13,7 Mio. Euro (Vorjahr 15,4 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen, 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,2 Mio. Euro) aus dem Finanzverkehr sowie 0,6 Mio. Euro (Vorjahr keine) Forderungen aus der Ergebnisabführung.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten unter anderem Steuererstattungsansprüche in Höhe von 3,1 Mio. Euro (Vorjahr 4,0 Mio. Euro). Diese betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Erstattungsansprüche auf Körperschaftsteuer nach § 37 KStG.

(4) FLÜSSIGE MITTEL

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Guthaben bei Kreditinstituten	577	376
Kassenbestand	147	183
	724	559

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von MAINOVA täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 148,4 Mio. Euro (Vorjahr 166,5 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen sind.

(5) AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Bei dem Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Vorauszahlungen aus Wartungs- und Sponsoringverträgen sowie Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

(6) GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber.

(7) RÜCKLAGEN

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

(8) RÜCKSTELLUNGEN

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	45.269	43.298
Sonstige Rückstellungen	284.582	282.161
davon Personalrückstellungen	27.441	34.595
davon Umweltrückstellungen	79.160	80.913
davon rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken	54.388	63.631
davon übrige Rückstellungen	123.593	103.022
	329.851	325.459

In den Personalrückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie Drohverlustrückstellungen zusammen.

Im Rahmen der Umstellung auf die Regelungen des BilMoG machte MAINOVA im Jahr 2010 von dem Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB Gebrauch. Zum Stichtag ergibt sich bei den Umweltrückstellungen eine Überdeckung in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 3,8 Mio. Euro).

(9) VERBINDLICHKEITEN

TSD. €	31.12.2014				31.12.2013			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	154.311	40.099	76.370	37.842	178.176	17.923	100.709	59.544
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	15.970	15.970	-	-	16.636	16.636	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	129.647	129.647	-	-	140.081	140.081	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	120.156	120.156	-	-	112.903	112.903	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	47.795	47.795	-	-	70.080	70.080	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	65.320	63.479	1.107	734	102.349	100.085	1.337	927
(davon aus Steuern)	(20.428)	(20.428)	(-)	(-)	(40.030)	(40.030)	(-)	(-)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(5)	(5)	(-)	(-)	(4)	(4)	(-)	(-)
	533.199	417.146	77.477	38.576	620.225	457.708	102.046	60.471

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind 14,0 Mio. Euro mit einer Negativklausel belegt und 114,7 Mio. Euro mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Die Darlehen wurden mit 23,7 Mio. Euro planmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40.811	45.886
Tagesgeldanlagen	79.726	75.508
Verbindlichkeiten bzw. Forderungen aus Ergebnisabführungen	-381	-8.491
	120.156	112.903

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, handelt es sich in Höhe von 46,1 Mio. Euro (Vorjahr 59,5 Mio. Euro) um Lieferungen und Leistungen sowie mit 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 10,6 Mio. Euro) um den Finanzverkehr.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten folgende Einzelpositionen:

TSD. €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Steuern	20.428	40.030
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	17.864	16.742
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	5.794	5.063
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	2.637	12.560
Verbindlichkeiten aus Konzessionsabgaben	604	11.201
Übrige	17.993	16.753
	65.320	102.349

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine mit einer Negativklausel belegt.

(10) PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung.

(11) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2014		2013	
	Nominalbetrag	Valuta	Nominalbetrag	Valuta
Bürgschaften	23.272	15.282	23.772	16.243
Gewährleistungsverträge	466.190	409.680	466.190	441.429
	489.462	424.962	489.962	457.672

Für die Beteiligung GKI hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 12,3 Mio. Euro (Vorjahr 13,2 Mio. Euro).

Die Gewährleistungsverträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat MAINOVA für ein Volumen von insgesamt 20,0 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro) den Schuldbeitritt erklärt. Zusätzlich verpflichtete sich MAINOVA, für Darlehen der MBG in Höhe von 415,0 Mio. Euro (Vorjahr 415,0 Mio. Euro) im Rahmen mehrerer Patronats-erklärungen einzustehen. Das Darlehen der MBG valutiert zum Stichtag mit 374,0 Mio. Euro (Vorjahr 403,0 Mio. Euro).

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 1.192,2 Mio. Euro (Vorjahr 1.216,8 Mio. Euro) bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	Gesamtbetrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	1.114.818	556.629	558.189	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	32.818	11.529	20.010	1.279
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	23.839	23.839	–	–
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	13.949	11.502	2.447	–
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	6.801	6.801	–	–
	1.192.225	610.300	580.646	1.279

Die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich entfallen im Wesentlichen auf die Einzahlungsverpflichtungen in die Kapitalrücklage der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (GKB), die im Rahmen der Inanspruchnahme von Baufinanzierungsmitteln durch die GKB im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau entstehen.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**(13) UMSATZERLÖSE**

TSD. €	2014	2013
Stromverkauf	967.270	1.025.014
Stromsteuer	–92.616	–91.387
Stromverkauf gesamt	874.654	933.627
Stromhandel	228.535	232.481
Strom gesamt	1.103.189	1.166.108
Erdgasverkauf	543.442	697.877
Erdgassteuer	–38.275	–50.672
Erdgasverkauf gesamt	505.167	647.205
Erdgashandel	58.320	8.877
Erdgas gesamt	563.487	656.082
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	108.174	129.645
Wasserverkauf	67.811	70.138
Pachterlöse	69.393	67.983
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	202.863	194.915
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	10.857	10.690
	2.125.774	2.295.561

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlösminderungen in Höhe von 10,0 Mio. Euro (Vorjahr keine Erlösminderungen) enthalten.

(14) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

TSD. €	2014	2013
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	19.276	27.674
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.567	13
Erträge aus Anlagenabgängen	858	21.515
Übrige	4.374	3.686
	26.075	52.888
Übrige Erträge		
Erträge aus Konzessionen	38.416	39.777
Übrige	26.425	23.057
	64.841	62.834
	90.916	115.722

(15) MATERIALAUFWAND

TSD. €	2014	2013
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.679.931	1.831.164
Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.505	50.620
	1.729.436	1.881.784

(16) PERSONALAUFWAND

TSD. €	2014	2013
Löhne und Gehälter	152.299	152.197
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	38.705	39.237
(davon für Altersversorgung)	(11.296)	(11.912)
	191.004	191.434

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte MAINOVA 2.638 (Vorjahr 2.724) Arbeitnehmer. Die von MAINOVA getragenen anteiligen Kosten in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 1,8 Mio. Euro) für weitere 77 (Vorjahr 74) Auszubildende, die wir im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Ausbildungspools der SWFH beschäftigten, sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen.

Im Personalaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 0,4 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro) enthalten.

(17) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN

Im Jahr 2014 wurden wie im Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

(18) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

TSD. €	2014	2013
Konzessionsabgabe	49.688	50.666
Zuführungen zu Rückstellungen	15.323	45.870
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	30.112	29.039
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	21.566	21.147
Übrige	35.663	43.808
	152.352	190.530

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 8,6 Mio. Euro) enthalten.

(19) ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN

TSD. €	2014	2013
Erträge aus Beteiligungen	29.262	17.629
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(2.081)	(2.500)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	11.107	12.633
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.728	1.615
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1.200)	(895)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	13.131	5.089
Aufwendungen aus Verlustübernahme	7.408	2.145
	21.558	24.643

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen diverse Beteiligungen.

(20) ZINSERGEBNIS

TSD. €	2014	2013
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	719	1.125
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(183)	(377)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.292	13.137
(davon an verbundene Unternehmen)	(118)	(106)
	-13.573	-12.012

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 7,5 Mio. Euro (Vorjahr 5,4 Mio. Euro).

(21) STEUERN

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** setzen sich wie folgt zusammen:

TSD, €	2014	2013
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	11.036	14.039
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.432	2.432
	13.468	16.471
Gewerbsteuer		
Gewerbsteuerumlage von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	12.944	15.652
	12.944	15.652
	26.412	32.123

4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die MAINOVA Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen der MAINOVA.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

TSD. €	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen ⁽¹⁾		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga AG und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Tochterunternehmen der Mainova ⁽¹⁾		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova ⁽¹⁾	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	94.512	98.624	6.048	6.797	264.032	232.550	48.984	52.199	29.707	22.371	65.890	86.785
Materialaufwand	17	251	1.274	1.437	483.796	484.020	217.590	251.071	4.767	5.781	377.558	537.964
Forderungen	31.561	33.978	1.824	1.573	–	5.920	50.133	37.012	3.686	3.061	8.995	7.468
(davon wertberichtigt)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)
Verbindlichkeiten	128	578	–	–	23.285	333	61.682	102.736	736	1.119	44.673	69.618
Sonstiges												
Erträge	34.928	31.486	23	21	3.945	4.584	273.255	270.128	8.012	8.392	26.986	14.439
Aufwendungen	139.728	147.694	47	36	868	639	79.452	62.190	570	407	1.279	1.540
Forderungen	70.410	117.277	–	–	5.258	1	35.515	5.977	–	1.672	12.650	732
(davon wertberichtigt)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)
Verbindlichkeiten	16.739	94.315	81	332	316	25.507	98.588	42.699	4.225	10.666	5.470	180

⁽¹⁾ Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Mit natürlichen Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen den Gasbezug.

Die Forderungen betreffen insbesondere das Cash Pooling gegenüber der SWFH. Die Gewinnabführung in Höhe von 59,7 Mio. Euro an die SWFH hat sich mindernd auf die Forderungen ausgewirkt.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der MAINOVA hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von 114,7 Mio. Euro abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 14,0 Mio. Euro geleistet.

5. Sonstige Angaben

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das im Geschäftsjahr 2014 für den Jahresabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar belief sich für die Prüfung des Jahresabschlusses auf 291.300,00 Euro sowie für Auslagen auf 26.214,09 Euro. Ferner betrug das Honorar für sonstige Leistungen 77.531,66 Euro.

GESAMTBEZÜGE DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Mitarbeiterzufriedenheit“ und „Kundenzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon, erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanswartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

€	Fixe Vergütung		Variable Vergütung			Summe	Barwert der Pensi- onsver- pflichtung	Zuführung zur Rück- stellung für Pensi- onsver- pflichtung
	Grund- vergütung	Tantieme- anteil	kurzfristig	langfristig (LAP)	Sonstige Bezüge			
Dr. Constantin H. Alsheimer	297.974	46.000	61.648	118.340	34.569	558.531	725.561	204.936
Prof. Dr. Peter Birkner	226.046	46.000	42.192	71.980	13.087	399.305	362.629	150.563
Norbert Breidenbach	226.046	46.000	55.120	106.140	28.796	462.102	13.192	-9.531
Lothar Herbst	226.046	46.000	43.472	85.400	20.939	421.857	1.376.819	325.768
Summe	976.112	184.000	202.432	381.860	97.391	1.841.795	2.478.201	671.736

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden im Jahr 2014 erfolgsabhängige Tantiemen von 611.472,00 Euro ausbezahlt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Die maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2014 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 92.803,03 Euro aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats für 2014 geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

€	Fixe Vergütung	Sitzungsgeld	Summe
Uwe Becker	25.000	6.400	31.400
Peter Arnold	17.000	6.800	23.800
Ewald Woste	14.167	2.400	16.567
Dr. Jörg Becker	7.667	2.400	10.067
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	7.667	1.600	9.267
Peter Bodens	12.000	4.800	16.800
Hans-Dieter Bürger	6.250	2.400	8.650
Jutta Ebeling	5.000	2.000	7.000
Reinhold Falk	12.000	5.600	17.600
Markus Frank	12.000	3.600	15.600
René Gehringer	10.000	3.600	13.600
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	5.200	17.200
Rosemarie Heilig	12.000	5.200	17.200
Holger Klingbeil	12.000	4.400	16.400
Cornelia Kröll	12.000	2.400	14.400
StR Stefan Majer	7.667	1.600	9.267
Klaus Oesterling	10.000	2.800	12.800
Thomas Raasch	6.666	1.600	8.266
Bernd Rudolph	10.000	3.200	13.200
Nicole Salm	12.000	4.400	16.400
Edwin Schwarz	4.166	1.200	5.366
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	5.600	17.600
Jürgen Wachs	10.000	3.200	13.200
Frank Wiese	5.000	2.400	7.400
Summe	254.250	84.800	339.050

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 61.850,00 Euro.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 695.488,61 Euro. Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 8.673.904,00 Euro zurückgestellt worden.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die MAINOVA bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hier um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Die MAINOVA setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung ein. Daneben werden derivative Finanzinstrumente im Bereich des Strom- und Gashandels eingesetzt.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

TSD. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	43.547	8.468	52.015	56.942	–	–4.975	–4.975	–4.264	–124
Forward (short)	34.726	5.796	40.522	48.699	6.896	–	6.896	6.581	142
Gas									
Forward (long)	108.418	45.943	154.361	11.671	–	–21.189	–21.189	–15.882	–108
Forward (short)	1.860	–	1.860	10.432	274	–	274	274	58
Kohle									
Swap (Payer)	40.941	54.194	95.135	110.177	–	–22.416	–22.416	–12.144	–23.199
Swap (Receiver)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gas									
Swap (Payer)	21.558	–	21.558	100.276	–	–3.814	–3.814	–3.814	–3.191
Swap (Receiver)	12.050	–	12.050	4.816	1.473	–	1.473	1.473	59
Öl									
Swap (Payer)	1.368	–	1.368	37	–	–305	–305	–305	–1
Swap (Receiver)	–	–	–	38	–	–	–	–	2
Gesamt	264.468	114.401	378.869	343.088	8.643	–52.699	–44.056	–28.081	–26.362

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2014 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf der Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Zum 31. Dezember 2014 bestehen hieraus Drohverlustrückstellungen für Gashandels-geschäfte sowie für Kohle-, Gas- und Ölswaps mit einem negativen Marktwert in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. Euro).

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die derivativen Finanzinstrumente, die sich in einer Bewertungseinheit befinden:

TSD. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	26.494	2.646	29.140	4.956	–	–2.949	–2.949	–2.882	–124
Forward (short)	29.807	2.648	32.455	4.973	6.264	–	6.264	6.195	142
Gas									
Forward (long)	589	–	589	10.480	–	–131	–131	–131	–106
Forward (short)	566	–	566	10.432	107	–	107	107	58
Kohle									
Swap (Payer)	40.256	54.194	94.450	105.844	–	–22.371	–22.371	–7.526	–22.297
Gas									
Swap (Payer)	8.222	–	8.222	65.374	–	–1.549	–1.549	–1.549	–2.060
Öl									
Swap (Payer)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	105.934	59.488	165.422	202.059	6.371	–27.000	–20.629	–5.786	–24.387

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem Stichtag zu leisten sind.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den oben aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Bei den Strom- und Gas-Forwards handelt es sich um geschlossene Positionen aus Termingeschäften. Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) mit Kohle-, Gas- und Ölswaps handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der obigen Tabelle aufgeführten Werten.

Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Stromvertriebs entsprechende Mengen mittels Stromtermingeschäften (OTC-Forwards) für die Jahre 2015 bis 2018 beschafft. Die Stromtermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 446,1 Mio. Euro. Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag –58,7 Mio. Euro.

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2015 bis 2017 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 117,1 Mio. Euro abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 24,1 Mio. Euro.

Zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen des Gasvertriebs wurden für die Jahre 2015 bis 2018 Gastermingeschäfte (OTC-Forwards) abgeschlossen. Diese weisen zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 376,8 Mio. Euro und eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von –51,1 Mio. Euro aus.

DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA wurde am 3. Dezember 2014 im Internet abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (www.mainova.de/entsprechenserklaerung).

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

6. Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat



Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)
- Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)
- Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K)
- Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (V)
- Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main
- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main (ab 18. November 2014)
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V)
- Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main
- RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (ab 6. Oktober 2014)
- Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main
- Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main
- Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main



Peter Arnold
Freigestellter Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- Hanau Netz GmbH, Hanau
- Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg
- Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau



Dr. Christof Schulte
Mitglied des Vorstands der Thüga
Aktiengesellschaft, München
(ab 22. Januar 2015)
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg
- Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen
- SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)
- WEMAG AG, Schwerin
(ab 26. Januar 2015)

keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Ewald Woste (bis 31. Oktober 2014) ehem. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Mittelrhein AG (bis 30. Juni 2014 Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft), Koblenz (stv V) * • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (stv V) * • Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel * • Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen (stv V) * • Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover * • Thüringer Energie AG, Erfurt (V) * • WEMAG AG, Schwerin (V) * 	<ul style="list-style-type: none"> • EKO2 GmbH, Koblenz (stv V) * • Energie Südbayern GmbH, München (V) * • Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz (stv V) (bis 30. Juni 2014) • erdgas schwaben gmbh, Augsburg (ab 1. Januar 2014) * • RhönEnergie Fulda GmbH, Fulda (stv V) * • Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel * • Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel * • Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena * • Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss * • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München *
		* bis 31. Oktober 2014	* bis 31. Oktober 2014
	Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Darmstadt (ab 21. Mai 2014)	keine	keine
	Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (ab 21. Mai 2014)	<ul style="list-style-type: none"> • ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)
	Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Hans-Dieter Bürger Beamter im Ruhestand Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2015)	keine	keine
	Dr. Matthias Cord Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München (ab 22. Januar 2015)	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Mittelrhein AG Koblenz (ab 17. Dezember 2014) • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg • Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft Hannover (ab 19. Dezember 2014) • WEMAG AG, Schwerin (ab 26. Januar 2015) 	keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Jutta Ebeling Bürgermeisterin a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2015)	keine	keine
	Reinhold Falk Freigestellter stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	keine
	Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Hafenebetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (bis 14. Oktober 2014 (V), ab 15. Oktober 2014 (stv V)) • FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main • Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) • HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) • Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
	René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Dr. h.c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	<ul style="list-style-type: none"> • WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Hafentriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) • DRK - Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim • FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) • Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) • FÄZ Fachärztezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽¹⁾ • Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) • Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽²⁾ • Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main • Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (ab 9. Oktober 2014 (stv V)) • Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden • Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)
	Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main 	keine

⁽¹⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main

⁽²⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat



Stefan Majer
Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main
(ab 21. Mai 2014)

**Mitgliedschaft in gesetzlich
zu bildenden Aufsichtsräten**

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)
- Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)

**Mitgliedschaft in vergleichbaren
in- und ausländischen Kontrollgremien von
Wirtschaftsunternehmen**

- Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe (ab 21. März 2014)
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main), Frankfurt am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V)
- Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V)
- tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V)
- traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (V)



Klaus Oesterling
Geschäftsführer der SPD-Fraktion im
Römer, Frankfurt am Main

- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)

- tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main



Thomas Raasch
Leiter Bereich Finanzwirtschaft der
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding
GmbH und Geschäftsführer der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft
Frankfurt am Main mbH,
Frankfurt am Main
(vom 21. Mai bis 31. Dezember 2014)

keine

keine



Bernd Rudolph
(bis 31. Oktober 2014)
Stellv. Vorsitzender des Vorstands der
Thüga Aktiengesellschaft, München
(bis 31. Dezember 2014)

- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (bis 4. Dezember 2014)
- Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover (bis 3. Dezember 2014)
- SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V)*
- Thüga Schadensausgleichskasse München VVaG, München (vom 1. Januar bis 31. Oktober 2014)
- WEMAG AG, Schwerin*

- DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden*
- eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz (stv V)*
- Energie Südbayern GmbH, München*
- Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt) (stv V)*
- erdgas schwaben gmbh, Augsburg (V)*
- Freiburger Erdgas GmbH, Freiberg (stv V)*
- GEW Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven (stv V)*
- Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz (stv V)*
- Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH, Plauen (stv V)*
- Stadtwerke Bad Harzburg GmbH, Bad Harzburg (stv V)*
- Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG, Freudenstadt*
- Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V)*
- SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim (stv V)*
- Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V)*
- Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mit beschränkter Haftung, Hannover (bis 19. Dezember 2014)
- Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)*

* bis 31. Oktober 2014

* bis 31. Oktober 2014



Nicole Salm
Referentin Abschluss und
Berichterstattung
Mitglied des Betriebsrats
der Mainova AG, Frankfurt am Main

keine

keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Edwin Schwarz Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2014)	keine	• Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	• FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Jürgen Wachs Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg	keine	keine
	Michaela Wanka Unternehmensberaterin & Business Coach, Schriesheim (ab 12. März 2015)	keine	keine
	Frank Wiese Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main (bis 21. Mai 2014)	keine	keine

VORSTAND

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Eisenacher Versorgungs-Betriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eisenach (stv V) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V) ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach (stv V) • Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (V) • Ohra Energie GmbH, Hörstel • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (stv V) • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München ⁽¹⁾ • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Prof. Dr. Peter Birkner bestellt vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2016 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main ⁽²⁾ • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen ⁽³⁾ • Hanau Netz GmbH, Hanau • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V)

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2018 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen ⁽³⁾ • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (ab 1. April 2014) • Syneco GmbH & Co. KG, München • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
	Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRhein-Main, Frankfurt am Main (bis 5. Januar 2015) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 16. Juni 2014 (stv V), ab 17. Juni 2014 (V)) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (bis 25. Juni 2014 (V), ab 26. Juni 2014 (stv V)) • Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V) • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München ⁽¹⁾ (ab 15. Mai 2014) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

⁽¹⁾ Gesellschafter- und Finanzausschuss (V)

⁽²⁾ Gesellschafterausschuss

⁽³⁾ Konsortialausschuss

⁽⁴⁾ Koordinierungsausschuss

(K) Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

(V) Vorsitz

(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2014 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova AG. Bei den nach dem Ablauf des Geschäftsjahres 2014 in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitgliedern beziehen sich die oben genannten Angaben auf den 18. Februar 2015 (Herr Dr. Cord und Herr Dr. Schulte) bzw. den 12. März 2015 (Frau Wanka).

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
TSD. €	01.01.2014	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2014
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	101.002	7.829	2.755	6	111.580
2. Geleistete Anzahlungen	540	–	–540	–	–
	101.542	7.829	2.215	6	111.580
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	388.155	446	516	11.162	377.955
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	649.930	2.982	6.264	5.312	653.864
b.) Verteilungsanlagen					
– Verteilungsnetze	1.778.872	22.911	9.164	3.303	1.807.644
– Hausanschlüsse	307.396	11.809	680	663	319.222
– Straßenbeleuchtung, Zähler	111.991	1.975	–	23.869	90.097
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	160.983	4.042	1.096	3.115	163.006
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.613	28.790	–19.935	717	39.751
	3.428.940	72.955	–2.215	48.141	3.451.539
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	71.063	6.380	–	551	76.892
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	28.058	8.486	–	1.277	35.267
3. Beteiligungen	234.086	3.022	–	4.908	232.200
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.386	3.609	–	7.589	9.406
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	49	–	–	49	–
6. Sonstige Ausleihungen	2.569	–	–	659	1.910
7. Genossenschaftsanteile	3	–	–	–	3
	349.214	21.497	–	15.033	355.678
	3.879.696	102.281	–	63.180	3.918.797

Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
01.01.2014	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013
59.288	7.926	30	-	67.244	44.336	41.715
-	-	-	-	-	-	540
59.288	7.926	30	-	67.244	44.336	42.255
198.191	6.648	-	7.062	197.777	180.178	189.964
582.119	9.540	90	1.642	590.107	63.757	67.811
1.472.587	27.012	-126	1.593	1.497.880	309.764	306.285
228.564	5.702	6	-	234.272	84.950	78.832
103.286	2.121	-	21.447	83.960	6.137	8.705
139.709	5.693	-	3.058	142.344	20.662	21.274
-	-	-	-	-	39.751	31.613
2.724.456	56.716	-30	34.802	2.746.340	705.199	704.484
-	8.506	-	-	8.506	68.386	71.063
-	-	-	-	-	35.267	28.058
64.479	4.625	-	-	69.104	163.096	169.607
-	-	-	-	-	9.406	13.386
-	-	-	-	-	-	49
-	-	-	-	-	1.910	2.569
-	-	-	-	-	3	213
64.479	13.131	-	-	77.610	278.068	284.735
2.848.223	77.773	-	34.802	2.891.194	1.027.603	1.031.474

Beteiligungen

FIRMA	Sitz	Anteil	Eigenkapital der Gesellschaften		Jahresergebnis der Gesellschaften	
			%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Verbundene Unternehmen						
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2014	706	
Energieversorgung Main-Spessart GmbH ⁽¹⁾	Aschaffenburg	100,00	5.000	2014	1.996	
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	56,00	29.055	2014	4.832	
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse	100,00	-317	2014	-227	
Hotmobil Deutschland GmbH ^{(1) (3)}	Gottmadingen	100,00	2.816	2014	728	
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	151.142	2014	31.778	
Mainova EnergieDienste GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	4.050	2014	508	
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	33	2014	3	
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	8.890	2014	62	
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.438	2014	260	
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG ⁽⁴⁾	Frankfurt am Main	100,00	12.977	2014	504	
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	50	2014	6.410	
Mainova Wind Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	-	2014	-18	
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	31	2014	2	
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.751	2014	-324	
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.016	2014	-71	
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	1.696	2014	-2.064	
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L. ⁽⁴⁾	Frankfurt am Main	100,00	11	2014	-4	
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	13.930	2014	-6.735	
Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	60,00	-23	2014	-24	
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH ⁽⁵⁾	Frankfurt am Main	100,00	34	2014	2	
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH ⁽¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	34	2014	1.585	
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	39	2014	3	
Beteiligungen						
a) Unmittelbare Beteiligungen						
8KU GmbH	Berlin	12,50	289	2013	-14	
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	135	2013	6	
ABO Wind AG	Wiesbaden	10,37	17.992	2013	6.900	
book`n`drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	-190	2013	25	
CEE Mainova Windpark Kirchhain GmbH & Co. KG ⁽⁷⁾	Hamburg	30,00	1.704	2013	-61	
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	278	2013	20	
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH ⁽⁶⁾	Eisenach	50,00	11.344	2014	2.524	
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	21	2013	-19	
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	26	2013	1	
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	169.544	2013	15.429	
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	23.786	2013	3.770	
Gasversorgung Offenbach GmbH ⁽⁶⁾	Offenbach	25,10	17.183	2014	3.441	
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	43.903	2013	-4.052	
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	268.861	2013	3.479	
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	41.227	2013	2.401	
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	65	2013	3	
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	104	2013	8	

FIRMA	Sitz	Anteil	Eigenkapital der	Jahresergebnis	
			Gesellschaften	der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	20	2013	–
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG ⁽²⁾	Frankfurt am Main	57,98	100	2014	–
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH ⁽²⁾	Frankfurt am Main	100,00	25	2014	–
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg	50,00	13.297	2013	1.366
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	16.981	2013	5.838
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2013	8.082
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	4.402	2013	366
SWM Wind Havelland GmbH & Co. KG	München	12,50	90.172	2013	3.125
Syneco GmbH & Co. KG	München	17,18	45.219	2013	2.167
Syneco Verwaltungs GmbH	München	25,10	5.048	2013	14
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	25	2013	52
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH					
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	12.942	2013	3.728
Ohra Energie GmbH ⁽⁸⁾	Hörselgau	49,00	25.508	2013	3.072
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	20.940	2013	3.217
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH					
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA	München	20,53	2.658.544	2013	270.943
d) Mittelbare Beteiligungen über Mainova EnergieDienste GmbH					
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	900	2013	300
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH					
Metegra GmbH	Laatzten	25,00	–373	2013	–130
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	416	2013	24
f) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG					
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	1	2013	6
g) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH					
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	50	2013	–101

⁽¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag⁽²⁾ Gründung/Erwerb in 2014⁽³⁾ Tochterunternehmen der Mainova EnergieDienste GmbH⁽⁴⁾ Tochterunternehmen der Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG⁽⁵⁾ Tochterunternehmen der Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG⁽⁶⁾ Bilanzstichtag 30. September⁽⁷⁾ ehemals ABO Wind WP Kirchhain GmbH & Co. KG⁽⁸⁾ Rumpfgeschäftsjahr 01.10.–31.12.2013

Nach § 285 Nr. 11 HGB sind die Angaben nur für Gesellschaften mit einem Anteil von mindestens 5 % erforderlich.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der MAINOVA Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des zusammengefassten Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA Aktiengesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der MAINOVA AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der MAINOVA AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 10. März 2015



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

Herausgeber

MAINOVA AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Ansprechpartner für Aktionäre

Stefan Schlink
E-Mail: Investor-Relations@mainova.de

Konzept, Redaktion und Produktion

mpm Corporate Communication Solutions, Mainz
www.digitalagentur-mpm.de